

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Plukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Bereits-Anzeigen
für die dreispaltigen Petitzeile oder
deren Raum 80 A.

Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit!

Inhalt: Verkehrte Taktik. — Zur „Stalienerfrage“. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte: Christlicher Arbeitererrat. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen zc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Verkehrte Taktik!

Die diesjährige Lohnbewegung im Baugewerbe neigt sich ihrem Ende zu. Die jetzt noch unerledigten Streiks und Sperren sind auf die Gestaltung des Gesamtbildes über Erfolge und Mißerfolge der Kämpfe von unerheblichem Einfluß, so daß schon heute mit ziemlicher Sicherheit das richtige Fazit gezogen werden kann. Das zu tun, soll jedoch nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, sondern nur einen von den vielen Fehlern, die die baugewerbliche Arbeiterschaft auch in diesem Jahre unseres Erachtens wieder gemacht hat, wollen wir kritisch beleuchten.

Als ein schlimmes Uebel sehen wir es an, daß mancherorts nicht der richtige Zeitpunkt zum Abschluß gefunden wird, daß sich die Kollegen nicht aus eigener Initiative dazu entschließen können, ausichtslosse Streiks zu beenden, um möglichst geschlossen zur Arbeit zurückzukehren und sich zu erneuten Kämpfen zu stärken. Wir sind freilich nicht der Meinung, daß ein Streik unter allen Umständen nach vierzehn Tagen oder vier Wochen keinen Erfolg mehr hätte. Es kann die Möglichkeit und Notwendigkeit vorhanden sein, daß nach diesem Zeitpunkt der Kampf erst recht mit der größten Schärfe geführt werden muß. Jedenfalls muß aber die Entscheidung dann in wenigen Tagen fallen.

Manchmal nimmt der Kampf leider einen anderen Verlauf. Er dauert sechs, zehn, fünfzehn Wochen, ja bis zu einem halben Jahr. Der Streik steht immer noch günstig, außerordentlich; er steht günstiger denn je, wir werden unter allen Umständen siegen. So berichten die Kollegen von Woche zu Woche. In Wahrheit ist der Kampf längst auf dem toten Punkt angekommen. Die Unternehmer haben die dringlichsten Arbeiten mit den Lehrlingen und einigen Streikbrechern fertig bekommen. Sie haben sich mit dem Verlust des Profits für diese Bauzeit abgefunden und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge, der schließlich doch eintretenden Streikmüdigkeit der Arbeiter, wenn auch nicht mit Ruhe so doch ohne sonderliche Erregung entgegen.

Viele unserer streikenden Kollegen sehen es ein, daß für diesmal nichts mehr zu erzielen ist, daß der Streik schon seit Wochen eine tote Last ist, die den Streikenden nur unnütze Opfer auferlegt, sie für die fernestehenden notwendigen Kämpfe unbrauchbar macht und der Gesamtorganisation unnütz Geld kostet. Aber nur wenige Kollegen haben den Mut, dies in den Versammlungen auszusprechen, für die rechtzeitige Beendigung des Streiks zu wirken. Die Mehrzahl der Kollegen scheint davor zurück, als „Bestiegte“ angesehen zu werden, sie möchten sich nicht dem Spott und Hohn der Unternehmer bei der Nachfrage nach Arbeit aussetzen. Andere wissen, daß ihre früheren Arbeitsplätze besetzt sind, daß sie vorläufig auf Arbeit am Orte nicht rechnen können; in ihrem Mergel sind sie die entschiedensten Gegner der Streikbeendigung. Wieder

andere Kollegen haben immer noch ein Stückchen Hoffnung, daß doch noch etwas herauszuschlagen sei. Der Streik wird also weiter geführt und seine Beendigung gestaltet sich immer schwieriger, je mehr die Bauzeit ihrem Ende entgegen geht. Es werden nun nochmals, was schon so oft mit negativem Erfolge gemacht wurde, Verhandlungen angebahnt. Dadurch werden die Unternehmer noch hochnäufiger. Sie tun, als hätten sie gar keine Arbeiter mehr nötig und machen die Wiedereinstellung von schimpflichen Bedingungen abhängig. Im günstigsten Falle machen sie Scheintonzessionen.

Einerlei aber: ob die Streiks nach überlanger Dauer auf Grund elender Verträge beendet werden, oder ob die Streikenden beschließen, den Kampf bis zum Weißbitten, wenn es sein muß, den ganzen Winter und auch den nächsten Sommer hindurch zu führen — keinem einzigen Kollegen ist eine solche Taktik etwas nahe, und der Organisation erst recht nicht.

Der Streik ist die vornehmste Waffe der organisierten Arbeiterschaft, sie muß aber auch scharf, mit aller Schärfe geführt werden. Sonst bringt man den Streik in Mißkredit. Kann man dem Unternehmertum mit dem Streik wohl noch Furcht einjagen, wenn es sich schon wochenlang mit der Tatsache seines Bestehens abgefunden hat? Wir sagen nein!

Es lassen sich freilich keine festen Normen aufstellen über die richtige Zeitdauer des Streiks; das Schablonisieren halten wir auch hier für ein Uebel. Ein gründlicher Wandel in der Streiktaktik ist aber unerläßlich notwendig. Die Kampftätigkeit und Schlagfertigkeit der Kollegenschaft muß unendlich höher gebracht werden, als sie heute ist; sie muß so diszipliniert sein, daß sie bereit ist, heute den Kampf zu beginnen und morgen zu beenden und wenn es notwendig ist, ihn übermorgen wieder aufzunehmen. Man hätte sich vor monatelangen Kämpfen, wo die Waffen stumpf und die Kämpfer matt werden. Und lieber als einen faulen Frieden nehme man, wenn es sich anders sein kann, zur rechten Zeit eine „Niederlage“ in den Kauf.

Wie viele „Niederlagen“ haben wir nicht schon erlitten. Manche unserer Vereine sind von „Niederlage“ zu „Niederlage“ geschritten und sie sind groß und stark dabei geworden; denn diese „Niederlagen“ hatten wenige Monate darauf Lohnhöhungen und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zur Folge.

Als wirkliche Niederlagen müssen wir es aber ansehen, wenn nach überlanger Streikdauer unsere Kollegen den elendesten Verträgen nachjagen, um nur den Schein zu wahren, als hätten sie doch etwas herausgeschlagen. Wir sind gewiß die Letzten, die gegen Tarifverträge an sich eifern. Wenn uns aber die Verträge nicht mehr oder gar noch weniger bieten, als was wir ohne Verträge zu derselben Zeit haben könnten, wozu dann die Fesseln! Als Dank dafür, daß die Unternehmer es uns wieder gnädigst gestatten wollen, in das Joch zurück zu kriechen? Dazu haben wir doch gewiß keine Ursache.

Wir sind überzeugt, daß es dringend notwendig ist, wenigstens in diesem Punkte die Taktik gründlich zu ändern, wenn wir uns auch nicht verhehlen, daß es manchen Kollegen schwer eingehen wird, unsere Forderung als berechtigt anzuerkennen. Bei gründlichem Nachdenken werden sie aber erkennen, daß wir recht haben. Wir wollen den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der ganzen Kraft der Organisation

geführt wissen; dazu bedürfen wir aber einer Kämpferschar, die so diszipliniert und schlagfertig ist, daß sie jederzeit loschlagen, ebenso aber auch jederzeit geschlossen vom Kampfplatz zurücktreten kann. Daß es daran bei unseren Kollegen leider sehr oft fehlt, hat die diesjährige Streikbewegung wiederum bewiesen. Daß es aber besser werde, daran wollen wir alle miteinander arbeiten.

Zur „Stalienerfrage“.

Der aus früheren Jahren in der sozialdemokratischen Partei bekannte Theodor v. Wächter teilt uns mit, daß er nach mehrjährigem Aufenthalt in Italien „als Italiener und Deutscher“ unserer Sache dienen möchte und sich zu diesem Zwecke bereits mit Vertretern unseres Verbandes in Württemberg in Verbindung gesetzt, auch bereits am 26. September in Willingen eine von 200 Italienern besuchte Versammlung abgehalten habe. Auf dem Flugblatt, durch welches zu dieser Versammlung eingeladen wurde, ist die Tagesordnung wie folgt angegeben worden:

„Die Notwendigkeit der Vereinigung aller Arbeiter jeder Nation und jeder religiösen Stellung zur Vertretung der ihnen allen gemeinsamen Arbeiterinteressen gegen die vereinigte Kapitalmacht jeder Nation und jeden Glaubens.“

In dem Flugblatt gibt Herr v. Wächter einigen an sich ganz richtigen Gedanken Ausdruck. Er sagt: Der einzige Weg für die Arbeiter, sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen; sei die Vereinigung aller Arbeiter ohne Unterschied der Religion und des Glaubens zur Vertretung der ihnen gemeinsamen Interessen; die christlichen Arbeiter möchten sich nicht weismachen lassen, daß sie sich mit anderen Arbeitern nicht vereinigen dürften. Das ist der Gesichtspunkt, den die unabhängige, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende gewerkschaftliche Organisation von jeher geltend gemacht hat. Dann heißt es:

„Die Kapitalmacht legt ihre Unternehmungen überall an, wo es ihr am besten paßt; deutsches Kapital hat Italiens Boden und Industrie zum großen Teil sich unterworfen und zwingt die ausgebeuteten italienischen Arbeiter, ihr schönes Land zu verlassen, und wir deutschen Arbeiter sollen diese Opfer der uns gemeinsam unterdrückenden Kapitalmacht von uns stossen?“

Wenn sich jemand an eine so ernste und wichtige Frage, wie die „Stalienerfrage“, heranmacht und uns helfen will, sie zu lösen, dann können wir wenigstens verlangen, daß er sie kennt. Herr v. Wächter aber kennt sie offenbar nicht. Seine vorstehende Ausführung ist — das müssen wir gerade heraus sagen, denn wir finden keine mildere Bezeichnung — ein perfekter Unsinn. Die Anlage deutschen Kapitals in Italiens Boden und Industrie zwingt die italienischen Arbeiter nicht, ihr Land zu verlassen und zu uns zu kommen. Hat denn etwa das deutsche Kapital deutsche Arbeiter mitgebracht nach Italien, welche nun den einheimischen Konkurrenz machen? O nein, seine Anlage in einem wirtschaftlich rückständigen Lande, wo ein gewaltiger Uberschuß an Arbeitskräften vorhanden ist, kann nur eine günstige, d. h. relativ günstige Wirkung für die

derartigen Arbeiter haben. Wird infolge dieser Anlage die Industrie und die Landwirtschaft entwickelt, so befreit sich darin eine Verminderung des Ueberflusses an Arbeitskraft; es wird einer entsprechenden Anzahl von italienischen Arbeitern möglich gemacht, im Lande zu bleiben, statt mit so vielen tausend anderen auf die Auswanderung angewiesen zu sein. Wir sind gewiß keine Verteidiger des kapitalistischen Systems, aber Tatsache soll man nicht auf den Kopf stellen. In den Zuständen Italiens, welche die dortigen Arbeiter in großen Massen zwingt, ihre Existenz außerhalb des Landes zu suchen, ist das dort in wirtschaftlichen Unternehmungen investierte deutsche Kapital völlig ungenutzbar. Zwar wird es durchweg nur die landesüblichen Löhne zahlen, die niedriger sind, als die in Deutschland; aber das an sich bedeutet doch gewiß nicht eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Zustände Italiens.

Wie kommt Herr v. Wächter zu der Frage: „Sollen wir deutschen Arbeiter diese Opfer der uns gemeinsam unterdrückenden Kapitalmacht von uns flohen?“ Da zeigt sich wieder, daß er in der Frage, die er mit „lösen“ will, nicht genügend unterrichtet ist. Auch aus einem uns zur Veröffentlichung übergebenen Artikel geht hervor, wie sehr er in bedenklichen Irrtümern befangen ist. Er meint, die deutschen Arbeiterverbände hätten nicht den guten Willen, sich mit der italienischen Arbeiterkraft solidarisch zu verbinden, resp. nicht das nötige Verständnis dafür, andernfalls würden an vielen Orten „(wie in Billingen, sagt er) „mehr Italiener im Verband sein als Deutsche“; wenn deutsche Arbeiter aber sagen, daß die Italiener ihnen „das Brot stehlen“, so könne „keine Kampfesbrüderchaft bei den Italienern gewagt werden“. In seinem Flugblatt vertritt sich Herr v. Wächter zu der Mahnung: „Vor allem Ihr Maurer, schimpft nicht über italienische Lohnbrücker, so lange ihr selbst durch eure Zersplitterung machtlos dem Kapital gegenübersteht.“

Der Herr verstrickt sich in ein recht buntes Gedankens-Durcheinander; er operiert mit hochtönenden phrasologischen Redensarten, die nichts zur Klärung beitragen, sondern nur Verwirrung anrichten können und obendrein ungerechte Vorwürfe enthalten.

Nun schon so viele Jahre hindurch hat sich die organisierte deutsche Arbeiterkraft — und vor allem auch unser Verband — bemüht, dem Massenzufluss ausländischer Arbeitskraft seine schärfsten Konsequenzen zu nehmen im Sinne echter internationaler Solidarität. Es ist, und besonders in unserem Verband, niemals dem Gedanken Ausdruck gegeben worden, die italienischen Arbeiter „von uns zu flohen“. Aber wir hatten und haben noch immer und in steigendem Maße mit der Tatsache zu rechnen, daß sowohl der sogenannte „normale Zufluss“, wie der von unserem Unternehmertum mit Hilfe einer pfaffenhaften Sippchaft systematisch betriebene Massenimport italienischer Arbeiter die Wirkung hat resp. beabsichtigt, die Arbeiter dazu dienen soll, die Löhne der deutschen Arbeiter zu drücken, ihre Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ihre Organisationen zu zerstören, sie der Willkür eines rücksichtslosen Arbeitsherrentums zu unterwerfen. Das ist der springende Punkt; von dieser Tatsache aus hat die organisierte Arbeiterkraft Deutschlands die „Italienerfrage“ zu beurteilen und anzugreifen gelernt. Wenn, wie es so oft der Fall ist, gerade unsere Berufsgenossen, die Maurer, schwer unter der wilden Konkurrenz italienischer Arbeitskraft zu leiden haben, wenn sie es tatsächlich mit italienischen Lohnbrückern und Streikbrechern zu tun haben — wer will ihnen dann vernünftigerweise verargen, wenn sie ihrem berechtigten Unmut darüber Ausdruck geben? Bestätigen sich italienische Arbeiter als Lohnbrücker und Streikbrecher, als Helfershelfer des kapitalistischen Interesses gegen die berechtigten Interessen unserer deutschen Arbeiter, so hat niemand ein moralisches Recht, letzteren zuzumuten, sich freundschaftlich gegen jene zu verhalten. Oder bringt es das Prinzip der Solidarität etwa mit sich, daß unsere deutschen Arbeiter verpflichtet wären, sich das unsozialistische Verhalten, die offene Feindschaft italienischer Klassen- und Berufs-genossen widerspruchslos gefallen zu lassen, geduldi zu hängen, wenn jene ihnen tatsächlich das Brot vor dem Munde wegnehmen?

Herr v. Wächter hat offenbar keine Ahnung, geschweige denn Kenntnis von all den Verhältnissen, all den Faktoren, all den realistisch-logischen Erwägungen, die bei der Italienerfrage in Betracht kommen. An die Phrase von der „internationalen Solidarität“ kann kein Arbeiter ansetzen, von ihr wird keiner satt. Worauf es ankommt, ist, den

Interessengegensatz zwischen deutschen und italienischen Arbeitern praktisch, auf dem Boden der gemeinschaftlichen Organisation und Disziplin möglichst auszugleichen resp. zu überwinden. In dieser Richtung hat sich gerade unser Verband seit Jahren redlich und energisch betätigt; er hat stets großes, ja, einen entscheidenden Wert darauf gelegt, daß sich die italienischen Kollegen ihm anschließen und sich seiner Disziplin fügen. Wir haben uns darüber ja erst kürzlich in einigen Artikeln näher ausgesprochen. Bei uns in Deutschland hat es wahrlich nicht gefehlt an Bemühungen der organisierten Arbeiterkraft, dem Unheil der wilden Konkurrenz zu steuern. Leider steht der Erfolg in keinem Verhältnis zu den Bemühungen und das liegt daran, daß — wovon Herr v. Wächter offenbar auch nichts weiß — die Aufklärung der Arbeiter in Italien fehlt. Immer neue Massen indifferenter Arbeiter kommen von dort zu uns herüber.

Herr v. Wächter will, daß „italienisch-deutsche Verbände“ angeleitet werden. Das liest sich so leicht, nimmt sich auf dem Papier so schön aus und ist doch so ungemein nativ! Man kann in Ansehung der realen Verhältnisse zunächst nur darauf dringen, daß es die italienischen Arbeiter in ihrer Heimat selbst zu starken Organisationen bringen. Und dann kann davon die Rede sein, daß diese Organisationen mit den deutschen Fühlung nehmen, sich mit ihnen verständigen, damit Lohnbrückerel und Streikbrecherel verpöbnet werden.

Wir unterschätzen den Wert des Eintritts der italienischen Arbeiter in unsere Organisationen nicht. Aber wir geben uns auch nicht der Illusion hin, daß damit schon alles getan sei. Wenn es gelänge, sämtliche oder nur der größten Teil der in Deutschland arbeitenden Italiener in unsere Organisation zu bringen, sie auf die gewerkschaftliche Disziplin und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zu verpflichten, so würde unser Unternehmertum kein Interesse mehr daran haben, sie unter Zurückdrängung der einheimischen Arbeiter zu beschäftigen. Das Unternehmertum bevorzugt sie nur dann, wenn sie sich gebrauchen lassen gegen die Interessen der deutschen Arbeiterkraft. Auch seitens unserer Behörden sind sie nur unter dieser Voraussetzung gelitten.

Es ist gar nicht in Abrede zu stellen, daß die Massen der italienischen Arbeiter sehr wohl wissen, woran sie in diesem Punkte sind und daß das einer der wesentlichsten Gründe mit ist, weshalb sie unseren Organisationen fernbleiben.

Das muß auch einmal offen heraus gesagt werden; denn nichts ist bedenklicher, als die Augen vor solchen Tatsachen zu verschließen, die für die Beurteilung einer Frage entscheidend sind.

Das Solidaritätsprinzip und das Interesse der organisierten Arbeiterkraft Deutschlands gebieten, für den Eintritt der italienischen Kollegen in unsere Organisation zu wirken. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß es mit den vorerwähnten Gründen unmöglich sein wird, die Massen der italienischen Arbeiter zu gewinnen. Denn hier steht tatsächlich Interesse gegen Interesse innerhalb der Arbeiterkraft selbst — ein Gegensatz, den man mit noch so energischer Berufung auf die „internationale Solidarität der Arbeiter“ nicht überwindet.

Die „Lösung der Italienerfrage“ kann nicht von Deutschland aus erfolgen, wenn man nicht, was wir entschieden befürworten, zu einer rigorosen Abschließungspolitik greifen will. Italien selbst ist, wie wir kürzlich dargelegt haben, berufen, sie zu lösen durch Beschleunigung seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, durch große Kulturfortschritte, welche bewirken, daß das schöne, von der Natur so reich gesegnete Land nicht jährlich zehntausende von Proletariern abstoßt, die es nicht ernähren kann. Schafft Italien bessere wirtschaftliche und soziale Existenzbedingungen für seine Arbeiterklasse, so wird der Massenabfluß überschüssiger Arbeitskraft von dort aufhören. Eine andere Lösung der Italienerfrage gibt es nicht.

Vielleicht erblickt Herr v. Wächter aus diesen unseren Ausführungen, was ihm fehlt zum Agitator für die „Vereinigung der Arbeiter aller Nationen“:

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem Korrespondenzblatt der Generalkommission.)
Scharfmacher Berlin und die Staatshilfe für die großen deutschen Meereereen. — Die Fortführung des Schiffsahrtstrages. — Die amerikanische Einwanderungsstatistik.

An die Stelle des Freiherrn v. Sturm ist im Deutschen Reich mehr und mehr Herr Ballin getreten. Er macht die Regierung scharf, wenn irgend welche Streiks die großen Meereereen berühren. Er gilt für einen der tüchtigsten Gegner des allgemeinen Wahheits, das großen Gefahren, wie Hamburg und Bremen sozialdemokratische Vereinerungen gibt. Er predigt zwar öffentlich, wenn es sein

muß, auch liberales Wasser: alle Staatssubventionen bereiten nach ihm der deutschen Schiffsahrt lediglich Verlegenheiten, da die ausländische Konkurrenz dadurch gleichfalls zu Subventionsgünstigen angeleitet werde. Aber heimlich trinkt dieser Wühlmengler ganz gern von dem fundernden Wein der Staatshilfe. Er bemüht die diplomatische Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg, um ältere Schiffe an Ausland zu verkaufen und damit in recht bequemer Weise den eigenen Schiffsbestand zu verjüngen und zu modernisieren. Der sonst so niedrig gewertete Profiteurs der deutschen Regierung setzt sich für ihn in sehr hochwertige Aufträge zur Kohlenverjorgung der russischen Kriegskriegsflotte für ihre Ausreise nach Ostasien um. Die staatslichen Kontrollstationen für die Auswanderer werden für diese Menschenfleischverfrachter zu Stätten rücksichtslosster Fressung und Zurechtweisung von Passagieren. Fürwahr, keine geringe Beistimmung von staatslicher Förderung. Das neuerdings ein Berliner Generalabutant in die Leitung der Hamburg-Amerika-Linie mit aufgenommen wurde, gibt dem Ganzen nur die richtige letzte Krönung. Selbst in Neuherrlichkeiten ahnen diese modernen, geschmeidigen Generaldirektoren den etwas atmofphären und ungehebeltern Freiherrn von Sarratien nach. Versteht doch eben die freisinnige „Nation“, der man gewiß keine feindselige Geminnung gegen Hamburg-Bremen und seine Handels- und Schiffsahrtsgesellschaften vorsetzen kann, daß Wächter, die „Mißgriffe“ der Meereereen offen darlegen, von den großen Oceanampfen ausgeschlossen werden.

An der aufgedienten Italanbellen Praxis der Kontrollstationen hat sich bis zur Stunde nichts geändert. Die Großmeereereen berufen sich darauf, daß, um die Einschleppung von ansteckenden Krankheiten zu verhüten, eine gewisse Kontrolle bei der Grenzüberquerung und ferner noch während der Durchfuhr unentbehrlich sei. Gewiß, aber der Zwangslauf eines Hamburgisch-Amerikanischer Zwischenbedarfszweiges bemiindert die Gesundheitsgefahren in keiner Weise. Die redereisoffiziellen Ausstellungen sprechen ferner von der Pflicht des späteren Militärtransportes vorant oder fürperlich binfalliger Passagiere, die von den amerikanischen Behörden zurückgemieden werden. Gewiß, aber daraus folgt doch lediglich das Recht: nicht jeden Zuwandernden unbedenklich für den Zwischenbedarfszweigs anzunehmen; was den ausländischen Völkern aufreht, kann dagegen höchstens zu einer härteren Belastung der fremden Konkurrenz (eben durch den Militärtransport) führen.

Im Schiffsahrtstrag gegen die englische Cunard-Linie hat sich infolged eine Wandlung eingestellt, als die deutschen Meereereen und die verbündeten Zwillingslinie wieder mit Rücksicht auf die Lieberfahrt von Nordamerika und England nach America begonnen haben. Statt 40, dem bisherigen Mindestpreis, werden bereits 60, als England, erhoben; die alte Rate betrug jedoch 110 (5 Str. 10 s.), man glaubt an baldige weitere Steigerungen. Andererseits wird behauptet, daß man den Kampf im Süden, vor allem von Summe und Suez aus, um so energischer fortführen wolle. Jeder Zeit bereitet sich noch immer als wahrcheinlicher Sieger; jedoch dürfte man hüben wie drüben froh sein, wenn sich recht bald eine Verständigung über die Teilung des Auswanderungsgeschäftes finden ließe.

Da das New Yorker Arbeitsamt (eben in seinem Vierteljahres-Bulletin die letztjährige Einwanderung in die Vereinigten Staaten (das Jahr vom 1. Juli bis 30. Juni gerechnet) ausführlicher behandelt, so seien einige dieser Ziffern wiedergegeben und zum Teil auch mit unseren früheren Mitteilungen wiederholt. Die höchsten und die niedrigsten Einwanderungsziffern zeigen (seit 1870) die Vereinigten Staaten in folgenden Jahren:

Jahr (mit 30. Juni endend)	Gesamteinwanderung in die Union	Jahr (mit 30. Juni endend)	Gesamteinwanderung in die Union
1873	45989	1892	57968
1878	138489	1898	292999
1882	789992	1903	857046
1886	834203	1904	815361

In New York landeten davon immer ungefähr drei Viertel, Boston und Baltimore treten dagegen weit zurück. Mit Dezember 1903 begann der Rückgang in der jahrelangen Hochflut der Einwanderung — eine Folge des letztjährigen schwächeren Geschäftsganges in America, bei fortgesetzter wirtschaftlicher Wiederholung in Europa. Auch die Preisermäßigung für die Lieberfahrt zwischen alter und neuer Welt hat daran nichts zu ändern vermocht; höchstens der Rückfluß von America nach Europa hat dadurch noch größeren Umfang gewonnen. Zu den in New York im Jahre 1903/04 Landenden stellten, wie gewöhnlich, die Süditaliener das größte Kontingent (26 Prozent aller fremden Zuwanderer). Es folgten dann die „Gebirger“ mit 25,8 pzt., die Polen mit 9,2 pzt., darauf die Deutschen mit 8,7 pzt. Kennzeichnend für die Einwanderung aus dem Süden Europas ist die geringere Beteiligung der Frauen (bei den Griechen 2,8 pzt., bei den Süd- und Norditalienern 18,7 und 20,7 pzt. — dagegen bei den Deutschen 41,2, bei den Franzosen 42,2 pzt.) und auch das verhältnismäßig stärkere Gebortreten der jüngeren Männer. Die Lieberstellung ganzer Familien und die Absicht, dauernd in der neuen Welt zu bleiben, ist hier offenbar viel seltener. Ausländern und Süditaliener zeigen auch die niedrigste Bildungstufe, gemessen an der Fähigkeit, zu lesen und zu schreiben. Der Prozentjah der „Illiteraten“ betrug im abgelaufenen Jahr 1903/04 bei der New Yorker Einwanderung:

Ausländer	53,2	Magyaren	19,6
Süditaliener	50,2	Holländer und Flamen	2,5
Balkaner	30,4	Franzosen	2,2
Griechen und Slavonier	27,2	Germanen	2,2
Fren	26,3	Finnen	0,9
Polen	24,7	Engländer	0,9
Slovenen	24,0	Böhmen	0,8
Griechen	20,9	Schotten	0,8
Gebirger	15,8	Esten	0,2

Ausländern und Süditaliener, bei denen, wie ersichtlich, über die Hälfte des Lebens und Schreibens unfähig ist, lieferten demnach mehr als ein Viertel der gesamten New Yorker Einwanderung — ein Zeichen, wie minderwertig allmächtig der Menschenzufluss für die Vereinigten Staaten geworden ist.

Andererseits ist es einleuchtend, weshalb um die Beförderung aus den österreichisch-italienischen Häfen des mittelländischen Meeres so erbitert gekämpft wird. Es

Bietet sich hier unmittelbar eine überaus wichtige Menschenfrage, und außerdem kann ein großer Teil des Menschenstromes, der heute durch Deutschland und nach Hamburg-Bremen fließt, abgelenkt werden nach den Ausgangspunkten Stume-Crieff.

Berlin, 8. Oktober 1904. Max Schippel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Deutschland:

Hamburg: Bergedorf (Sperre über Odemann & Breneke), Kirchwälder (Sperre über Hars);

Schleswig-Holstein: Althausendorf (Sperre über Stödtling in Laboe), Uetersen (Sperre über Hans Sülow);

Mecklenburg: Rostock (Aussperrung);

Pommern: Alt-Damm (Sperren über E. Brand und Riemann & Co. in Hockendorf), Podesch (Sperren über Kumm und Ulrich), Richtenberg-Franzburg (Sperre über Heuer);

Prov. Brandenburg: Potsdam (Sperre über Thiemann), Wittstock (Sperre über Spangenberg), Gnsow-Platow (Streik);

Prov. Posen: Rawitsch (Sperre über Konrad in Mossel);

Schlesien: Miltsch (Streik);

Königr. Sachsen: Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten der Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Daniel Marin aus Spillimbergo), Falkenstein I. V. (Sperre über V. Baumann);

Prov. Sachsen und Anhalt: Erfurt (Sperre über J. Schenk und Wagner), Merseburg (Sperre über Graul), Dessau (Sperren über Thiemicke und Seelmann), Kauschberg (Sperre über Albert Jacob);

Hessen: Mainz (Sperre über Joh. Petri in Bischofsheim), Rüsselsheim (Streik);

Rheinprovinz: Velbert (Streik), Steele (partieller Streik), Altenessen (Sperre über Jac. Pegels), Wladorf (Sperre über Kortlang), Kollhansen (Sperre über Laubrock), Gaternberg (Sperre über Niermann), Essen, Fliesenleger, Sperre über Kuhn & Büllersdorf und A. Detscher & Hansmann;

Bremen: Bremerhaven-Geestemünde-Lohe (Aussperrung).

In Bremen haben zu Beginn der vorigen Woche auch die Zimmerer den Streik aufgehoben. Daraufhin haben die Unternehmer beschlossen, die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen.

In Bremerhaven haben sich dem Beschluß unserer Kollegen, die Arbeit aufzunehmen, die Bauhilfsarbeiter, Fischer und nach einigen Widerstreben auch die Zimmerer angeschlossen.

Der Streik in Würde wurde beendet, weil sich zu viel Streikbrecher angestanden hatten. Einige Unternehmer zahlten 50 A. Der Kampf wird gelegentlich wieder aufgenommen.

In Bochum, am Montag des Unternehmers Schlichter in der Oststraße, ist es Dienstag, den 11. Oktober, zur Arbeitserschließung gekommen. Der Baubetrieb hat wiederholt den Poller erlosch, einen Ofen in die Baubude zu legen (die Baupolizei-Verordnung schreibt dies vor). Das Erlaubnis blieb aber fruchtlos. Eine Vorstellung bei Herrn Schlichter hatte den Erfolg, daß der Baubetrieb sofort entlassen wurde.

Der Streik in Velbert, der sich zunächst nur auf die Bauten des Unternehmers Krüger erstreckte, hat sich in dieser Woche auf fast alle übrigen Bauten ausgedehnt.

Von den Plattenlegern in Göhr wurden die Vereinigten Gewerkschaften gebildet, weil einige Kollegen gemaskiert wurden. Sie hatten auf die rechtzeitige Lohnzahlung gedrungen, was der Geschäftsführer wegen „Mangel an Zeit“ ablehnte.

In Berlin haben die Kollegen in der Glas- und Zementbranche durch Vertrag mit dem Berliner Betonverein eine Lohn-erhöhung von 2 A pro Stunde erzielt. Bei einer größeren Anzahl von Unternehmern, die dem Verein nicht angehören, ist am Montag wahrscheinlich die Arbeit eingestellt worden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ab- und Zuschussungen sowie Adressenänderungen spätestens bis Dienstag früh in Händen der Expedition sein müssen.

Quartalsabrechnung der Zweigvereine.

Die Abrechnung für das 3. Quartal ist, sofern es noch nicht geschehen, sofort einzusenden, ebenfalls das der Hauptkassengehörnde Geld für Beiträge, Eintrittsgeld, Futterale, Kalender usw.

- Mit der Abrechnung ist weiter zu übermitteln: a) die im 3. Quartal benutzten Aufnahmelisten; b) die Kassenentwässerungs- und Abrechnungskassen; c) ein Verzeichnis derjenigen Mitglieder, die im 3. Quartal Krankenunterstützung erhielten, und die Quittungen über ausgezahlte Krankenunterstützung.

Revision der Kassen- und Buchführung.

Die Quartalsabrechnung muß von den Revisoren geprüft und, wenn für richtig befunden, unterzeichnet werden. Stellt sich bei der Revision heraus, daß die Kasse und die Buchführung nicht in Ordnung sind, dann ist uns sofort davon Mitteilung zu machen.

Auch der Zweigvereinsvorstand hat das Recht und die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Kassen- und Buchführung in Ordnung ist.

Wir bitten die Revisoren und Vorstände dringend, die Revisionen regelmäßig in korrekter Weise vorzunehmen.

Neue Beitragsmarken.

Für das nächste Jahr werden neue Beitragsmarken eingeführt, die sich in jeder Beziehung von den bisherigen Marken unterscheiden.

Die jetzt sich im Gebrauch befindlichen Marken sind nur gültig bis zum 1. März 1905; von da ab dürfen zur Quittierung der laufenden und rückständigen Beiträge nur noch die neuen Marken verwendet werden.

Markenbestellungen sind daher von jetzt an so einzurichten, daß nur der Bedarf für die laufenden und rückständigen Beiträge dieses Jahres gedeckt ist.

Das Zweigvereins- und Adressverzeichnis des Verbandes.

wird im Monat November neu aufgelegt. Es ist daher notwendig, daß uns etwaige Adressänderungen, welche in den nächsten Wochen vorkommen, sofort mitgeteilt werden.

Vom Vorstandes bestätigt.

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Gohlerhausen, Ochersteden, Wilsdorf, Minsberg, Heringsen, Ahren, Gumke, Ziebingen, Bissa, Kyritz, Kapha, Neufallen, Nchim, Plause a. d. S., Umbach, Reichenhall, Deutsch Chlau, Weiskurg.

Als verloren gemeldet.

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Rauch-Bübeck (Buch-Nr. 146 254), Paul Wainboch-Gellenkirch (224 475), Just. Hejerich-Cassel (68 337), Aug. Schönmann-Magdeburg (41 858), Franz Deutsch-Rönigsberg i. Pr. (80 884), Ernst Hjelstede-Dresden (19 398), Gust. Mann-Rönigsberg i. Pr. (80 661), Fritz Neufosse-Rönigsberg i. Pr. (80 881), Robert Seiberich-Ruhrodt (55 854), Frdr. Born-Deffau (63 784), Alois Wolbrich-Plauen i. V. (192 780), Frdr. Klinge-Dudow (57 266), Aug. Kohnhede-Franfurt a. M. (20 194), Heinrich Born-Franfurt a. M. (21 149), Wlth. Schubert-Gerne (49 518), Joh. Thomas-Göln a. Rh. (216 467), Wlth. Freitag-Berlin (80 944), Viktor-Ferlin (138 502), Wlth. Latuscha-Emstberg (234 907), Otto Fuchs-Sagen (64 441), Wlth. Klingel-Gellenkirch (94 224), Nikolaus Höhrig-Weiskurg (155 247), Wlth. Reichmuth-Cöpenick (127 976), Paul Maake-Waldenberg (108 244).

Ausgeschlossen.

sind auf Grund § 88 b des Statuts vom Zweigverein Reichenhall: Zaver Benzinger (Buch-Nr. 114 684); Gelsenkirch-Wanne: Julius Pfeffermann (224 862), Joseph Pfeffermann (224 869), Joseph Aug. (224 866), Wollfarz Noll (224 868), Franz Ignatjewski (167 171), Edmund Moritz (167 274), Konrad Meiß (167 293), Johann Eicht (224 308), Heinrich Adler (224 218), Joseph Benisch (167 264); Wainboch-Gellenkirch: Jacob Köhlein (40 865), Heinrich Klein (49 646), Martin Sacksohn(?) (?); Ochersteden: Hermann Brand (32 846), Albert Müller (216 418); Chemnitz: Arthur Arnold (241 232), Joseph Baumgarth (138 215), Paul Dierke (165 679), Rudolf Werthoff (229 451), Joseph Bachmann (229 002), Anton Peter (229 490), Joseph Veronstich (241 836), Karl Bauer (241 470), Joh. Baumgarth (241 087), Joseph Baumgarth (241 068), Richard Bachmann (133 159), Joseph Böhmer (118 448),

Reinhard Bieder (165 996), Franz Baumgarth (241 287), Joseph Braun (241 108), Joseph Diefinger (241 420), Joseph Dieck (165 864), Oswald Dieck (182 920), Joseph Diabak (241 098), Karl Eschenloß (229 465), Franz Franz (249 015), Max Franke (241 875), Ernst Fischer (241 059), Karl Fiedler (165 299), Emil Freitag (71 830), Franz Frieber (165 771), Franz Frieber (241 016), R. M. Frieber (241 622), Franz Freitag (229 861), Georg Friedl (182 925), Edmund Gerlach (165 850), R. Frieber, Gebhard (241 198), Anton Göll (241 501), Bengel Herm. Göll (241 240), Albert Gläßer (241 308), Johann Gubis (241 057), Bruno Gubner (229 641), Joseph Gutsch (165 852), Anton Geier (229 733), Johann Güter (241 465), Max Gerlach (241 438), Rudolf Geismüller (229 429), Bengel Gutschall (241 178), Max Grünmann (183 930), Hermann Gubel (165 619), R. Frieber, Hauslein (249 020), Josef Gehrhardt (229 712), R. Christian Selbig (241 434), Franz Göt (229 847), Ernst W. Gommann (249 016), Josef Goring (241 216), Franz Hoffmann (229 582), August Huna (229 627), Georg Hlgl (229 978), Albin Harzer (241 584), Alois Jaktor (229 876), Franz Janda (229 788), Johann Karmoll (229 849), Bengel Kausler (241 056), Friedrich Krüger (165 663), Ernst Krüger (165 663), Josef Krüger (241 592), Josef Kautz (241 106), Josef Krüger (229 464), Paul Knöbl (165 765), Paul Krauer (229 960), Anton Klement (229 478), Josef Klement (229 479), Josef Krieger (229 873), Anton Klement (229 444), R. Friedrich Künze (241 487), Adalbert Künze (241 602), Franz Künze (229 848), Engelbert Kersch (183 134), Bengel Kutsch (229 784), Albin Kuter (69 191), Josef Kutz (164 182), Johann Kutz (164 191), R. Herm. Kuhn (229 709), Karl Aug. Wlth. Müller (165 628), Paul Kuter (229 884), Karl Kuhn (241 101), Josef Müller (229 958), Johann Waret (229 783), Josef Waret (229 811), Josef Kosta (229 784), Josef Koster (229 468), Emil Döhl (241 087), Hermann Otto (165 948), Johann Ott (241 881), Eduard Paul (229 892), Bengel Pech (165 826), Anton Pothorn (241 419), Anton Piffel (187 042), Matthias Nobel (229 782), Oskar Piffel (241 190), Johann Piffel (229 842), Karl Piffel (241 102), Herm. Schreiber (183 013), Ernst Stephan (241 432), Erich Schröder (241 299), Fr. Richard Seibel (241 247), Franz Schrot (241 105), Jakob Siedel (241 344), Josef Seibel (229 858), G. Rob. Schaarshmidt (165 731), M. Friedrich Seifert (241 438), Louis Hermann Schönherr (241 411), Anton Tachner (229 789), Josef Trepich (229 846), Josef Tengel (241 421), Karl Hflemann (165 879), Max Worlock (165 606), Traugott Wolf (241 430), Adolf Wermann (178 827), Albin Weiskurg (165 664), Bengel Wlth (165 902), Karl Wlth (241 838), Anton Wlth (229 821), Saarmund: Gustav Fischer (98 042); Amberg: Wlth. Seiner (253 970); Tschob: Clemens Sürden (114 799).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert.

Ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden dem Zweigverein Göln a. Rh. (Zustellstelle Rührperth) die Kollegen Nikolaus Pawlowicz (Buch-Nr. 60 552), Julius Müller (188 172), Paul Karmusch (241 548), dem Zweigverein Berlin die Kollegen Thomas Kogut (80 249), Carl Burkhardt (188 259), vom Zweigverein R u n d a d a. d. S. a r d i die Kollegen Carl Wente (124 885), Ernst Förstling (128 319).

Sterbegeld.

ist in der Zeit vom 9. bis 15. Oktober für nachfolgende Mitglieder resp. deren Frauen ausbezahlt worden:

- Fritz Wähmann-Brimtum (Franz), Buch-Nr. 56 475; Heinrich Wlth.-Salzwedel, 98 180; Gottl. Hermann-Jüterbog (Franz), 3129; Aug. Boer-Waldenburg, 120 208; R. W. Zsche-Dresden, 145 838; Wlth. Frösch-Kulmbach (Franz), 82 151; Max Dreifisch-Altenburg (Franz), 50 041; Heinrich Grigas-Laplau (Franz), 103 521; Konrad Joff-Franfurt a. M. (Franz), 20 618; Gebald. Bauh.-Weiskurg, 43 866; Wend. Schade-Delmenhorst, 157 444; Fritz Brinkmann-Plowams, 74 456; Gust. Krause-Lützen, 84 260; Franz Kluge-Lepzig, 85 049; Otto Winkler-Franfurt a. d. Ober, 68 919; Max. Groß-Samburg, 78 088; Wlth. Schepfer-Samburg (Franz), 80 010; Bruno Schöne-Dresden (Franz), 19 699; Herm. Hempel-Dresden, 132 865; Gottfr. Kuske-Göln (Franz), 75 652; Aug. Bring-Bremen, 18 508; Mart. Bornschmid-Speyer (Franz), 101 896; Franz Gerlach-Berlin, 7525; Frdr. Schreiber-Berlin, 5926; Wlth. Miller-Freimwalde (Franz), 69 481; Wlth. Krüger-Schwetzig, 100 165; Val. Jargenow-St.-Strasburg i. B.-Pr., 167 967; Gust. Groß-Landsberg a. d. B., 82 458.

Die Anmeldung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einreichung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzutheilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Vorstandsvorstand.

Marken-Versand.

Nom 8. bis 15. Oktober sind Marken versandt worden (E=Eintrittsmarken, B=Beitragsmarken, A=Arbeitslosenmarken, K=Kollportagemarken, L=Kollfahndarmarken): Arnswalde 400 B & 30 A, Annaberg 800 B & 25, Alt-Schaumburg 100 B & 40, 5 E & 50, Alt-Wahlstedt 25 B & 45, Ahrensst. 400 B & 40, 50 B & 25, 100 L & 10, Berlin: 24 000 B & 75 A, Bistz 100 B & 40, Wolf 200 B & 25, 10 E & 50, Dinglun 100 B & 25, Bremerhaven 1000 B & 55, Brandenburg 2000 B & 40, 500 K & 15, Breslau 10 000 B & 55, 1000 B & 30, 1000 A & 25, Barmberg 1500 B & 40, Bahr 300 B & 30, 300 A & 25, Bamberg 1500 B & 30, Braunsberg 400 B & 35, Belgitz 200 B & 30, Baunzen 400 B & 30, Würth 100 B & 30, Barchtesgaden 200 B & 30, 10 E & 50, Wühlitz 400 B & 30, Bitterfeld 600 B & 35, 100 A & 25, Wranitz 400 B & 40, 100 B & 45, Böhlow 600 B & 35, Bremerbrücke 100 B & 35, Bamberg 2000 L & 5, Maltentain 200 B & 30, Wahrenitz 20 E & 50, Bramstedt 200 B & 35, Weitz 500 B & 45, Celle 3000 B & 45 A, Cassel 10 000 B & 55, 600 B & 35, 100 B & 30, 100 E & 50, Edmund 200 B & 30, Cöln 800 B & 40, Cunnerdorf 50 E & 50, 100 K & 10, Croppenstedt 400 B & 30, Cöln 4000 B & 60, 4000 B & 40, 400 A & 25, Cöln 2000 B & 40, 50 E & 50, 200 A & 25, Großitz 50 A & 25, Gltze 150 B & 25, 300 B & 30, Glingen 100 B & 30.

Delitzsch 7,50, Bergedorf 5, Landsberg i. Bayern — 50, Lohndern 7,50, Schmiedeberg 7,50, Wilken 5, Cottbus 5, Wangerin 5, Bernau 20, Rathenow 20, Mühlhausen i. S. 20, Albed 20, Werfungen 12,50, Nordenham 10, Seefeld 11,50, Schölkau 4, Apolda 2,50, Habelberg 5, Rangelsheim 6, Strausberg 31, Saage 1, Meckl. 10, Hildesheim 19,50, Wiede 1, Landsberg a. d. Warthe 87,50, Forst i. d. S. 19,50, Nauher 4, Striegau 3, Deutsch Eylau — 50, Wargoritz 12,50, Rosen u. Umgegend 26, Dresden u. Umge. 260, Piritz 26, Pirna 17,06, Rarnstedt 6, Gismshorn 6, Neustadt a. d. Saardt 5, Wolbegt 4,50, Bielefeld 3,50, Jarmen 3, Sagen 1, B. 100, Altenburg 15, Jahnitz 6, Gundersdorf 10, Swinemünde 26, Gießhacht 10, Belsing i. S. 5, Alenburg a. d. Saale 10, Golditz 6, Anklam 10, Pöbner 26, Gollnau 15, Cistern 1,50, Mühlhausen i. Ehar. 10, Brunsbüttelkoog 5, Alt-Salzenleben 6, Loitz i. Pom. 5, Wolgast 9,50, Rostig 1.

Für Futterale.

Bronke A. 2,80, Bernsee 1, Mohlau 2, Gabuth 2,50, Grimmen 4, Grünberg 1, Rosen 2,50, Naumburg 3, Zerbis 2, Erfurt u. Umge. 10, Eifer 1, Pinne 1 d. Markt 2,50, Worms 2, Berchtesgaden 1, Brandenburg a. d. S. 2,20, Erfner 1, Wahn i. Pom. 1, Weimar 1,50, Wittenburg 3, Sebnitz 5, Grotten a. d. Ober 5, Ropsenburg 1, Annaberg i. S. 8,30, Halle a. d. S. 5, Zerbis 5, Danzig 5, Wittenburg 2,50, Alt-Damm 1, Einbeck 3, Benig i. S. 4, Rehrte 1, Bilsig 2,50, Mantensain 1,20, Ruppertin 2, Cottbus 26, Salzwinger 2, Sagen 3, Apolda 1, Wanne — 80, Alben 1, Forst i. d. S. 5, Marienwerder 6, Sauer 2, Singen 2, Deutsch Eylau 4, Wargoritz — 90, Dresden u. Umge. 80, Gredemühl 1, Sagen i. B. 15, Fritzenwalde 1,50, Jahnitz 2,50, Sebnitz i. S. 7, Etze 2,50, Golditz 1,10, Fürstberg i. W. 2.

„Monarchie oder Republik“ von Prohoma.

Rebentitz, Oldenburg i. Gr., Bittenberge, Ruchardt, Gr. Neudorf, Mplau, Sulzow, Ahrensdorf, Alenburg, Wudow, Driesen, Schwiebus, Berth, Caputh, Grimmen, Belgig, Naumburg, Zerbis, Erfurt, Pinne, Zehnitz, Alt-Nahlfeld, Erfner, Niederndorf, Giffstrom, Sebha, Naumb. G. Schwabach, Goslar, Neubrandenburg, Jüterbog, Geseu, Gomerin i. M., Gellin, Müllersb., Wittenburg, Alenburg a. d. Weiser, Ahrensdorf, Dorimund, Halle a. d. S., Zerbis, Albed, Herford, Annaberg, Salzwedel, Sauer, Wusterhausen, Witten a. d. M., Giffenburg, Müllin, Pom. i. B., Borna, Gernförde, Königs-Wusterhausen, Danzig, Ahrens, Delmenhorst, Bernburg, Wittenburg a. d. S., Flensburg, Dierfurt, Reich i. d. M., Götsen, Rehr, Rauenburg a. d. S., Eise, Einbeck, Kiffingen, Griesenbainigen, Sehrte, Holzgerau, Schwarzenb., Grüßinghausen, Delitzsch, Bergedorf, Berlesberg, Lohndern, Fritzenwalde, Schmiedeberg, Cottbus, Bernau, Mühlhausen i. Ehar., Käthe, Werfungen, Gr.-Beren, Marn, Hildesheim, Landsberg a. d. M., Rosen, Giffenburg, Dresden, Piritz, Barmhitz, Naustadt a. d. Saardt, Wolbegt, Gredemühl, Grimmichau, Sagen 2, Wittenburg, Rosse, Gufow, Platow, Götze, Gundersdorf, Swinemünde, Alenburg a. d. S., Gollnau, Cistern, Brunsbüttelkoog und Rühlig je M. 2,60.

Einbanddecken.

Delmenhorst und Alenburg je M. 1.

Verbandsdiage-Protokolle, Bezits.

Cottbus M. 7.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Selbern werden ersucht, auf die Postadressen genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Küster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgeschickt muß.

Gumburg, den 17. Oktober 1904.

J. Küster, Gumburg 5, Brunnerstr. 11.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbestände und sonstige Beschlüsse findet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstadt Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Welsitz. Sonntag, den 9. Oktober, fand hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, wozu nur 40 Mitglieder erschienen waren, trotzdem die Versammlung durch Gänzlichkeit bekannt gemacht worden war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Vierteljahrsrechnung von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Es folgte dann ein Vortrag des Kollegen Wolf-Berlin über: „Kulturelle Bedeutung der Arbeiterorganisation“. Der Referent entwidete sich seines Auftrages in 15-minütiger Rede vor größter Anwesenheit der anwesenden Mitglieder. Darauf wurde die Versammlung um 6½ Uhr geschlossen.

Grumbach. Sonntag, den 9. Oktober, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem die Vorträge einläufiger waren, wurde die Vorstandswahl vorgenommen und als erster Vorkandidat W. Hildebrandt und als Kassierer J. Schmidt gewählt. Hieraus hielt Kollege Hildebrandt einen Vortrag über die Bedeutung des Verbandes. In seinen Ausführungen ersuchte er die Kollegen, immer fleißig die Versammlungen zu besuchen und sich auch energisch an der politischen Bewegung zu beteiligen, sowie für die Verbreitung der Arbeiterpresse unterstützt zu machen. Da leider die Zeitlage zu verzeihen ließ, daß in unserem Ort von keinem Wirt die Arbeiterpresse unterstellt werde. Weiter ersuchte Kollege Hildebrandt die Mitglieder, bei den Wählerrevisionen nicht nur darauf zu achten, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt werden, sondern die Wähler auch daraufhin zu kontrollieren, ob ihre Angaben auch ihren Pflichten in Bezug auf den Versammlungsbesuch nachkommen.

Deflau. Am 4. Oktober fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Anstellung eines besoldeten Revisor-Kontrollers und Vertrauensmannes. Nachdem Kollege Niemann den Kostenpunkt eingehend darlegte, ersuchte er die Versammlung, der Anstellung eines besoldeten Revisor-Kontrollers zuzustimmen. Die Versammlung lehnte aber den Vorschlag ab. Wie notwendig aber die Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes ist, beweist die letzte Baudeputiertenwahl, in der

von 27 Neubauten nur ein Baudeputierter vertreten war. Die Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes wird ferner bewiesen durch die leistungsfähige Art und Weise, mit der die Gerichte auf den Bauten hergestellt werden, wobei drei Arbeiter und ein Lehrling auf 5000 Mark kamen, den besten Beweis liefert. Weil kein Kollege aus Furcht vor Entlassung den Mut hatte, öffentlich aufzutreten und eine Untersuchung des Unfalles zu verlangen, um dessen Ursachen festzustellen, konnte der Unternehmer die Spuren des Unfalles so schnell beseitigen; in einer Stunde war die ganze Arbeit getan, so daß die Polizei, wenn sie überhaupt Kenntnis von dem Unfall erhalten hätte, den Ursachen desselben hätte nicht mehr nachforschen können. Über eine Anzeige bei der Polizei unterließ aus Furcht vor Entlassung; nicht einmal die Leitung des Zweigvereins erhielt rechtzeitig Kenntnis von dem Unfall. Aus allen diesen Gründen rechtfertigt sich die Anstellung eines besoldeten Revisor-Kontrollers. Die Kollegen werden deshalb ersucht, sich die Sache noch einmal reiflich zu überlegen und in der nächsten Versammlung recht geschäftig zu erscheinen, damit die Sache endlich gute Wirkung kommt.

Deutsch-Wissa. Am 6. Oktober fand hier die monatliche Mitglieder-Versammlung statt. Kollege John aus Breslau referierte über: Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Maurer sowie Bauarbeiter und Befragungsdaten auf dem Lande. Die Lohnsätze bei Wissa und Umgebung ergab, daß Zweidrittel der hiesigen Maurer angelernt sind. Der Lohn steht durchschnittlich bei 88 ½ pro Stunde. Wäuben und Aberteile sind teilweise schlecht bestellt. Und doch findet es die Mehrzahl der Kollegen noch nicht für notwendig, in den Versammlungen zu erscheinen, um sich gegenständig aufzuklären und zu unterstützen. Es waren von 117 Kollegen kaum 80 erschienen. Der Maurer Gustav Hebenreich, der in Breslau auf einem gesicherten Bau gearbeitet hat, wurde aus dem Verband ausgeschlossen.

Glatz. Am 19. d. M. fand in unserem Vereinslokal zum „Schwarzen Adler“ die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag über die Geschichte der heutigen Maurerbezeugung. Leider mußte der Vortrag des hiesigen Mitgliedes wegen Ausfalls ausfallen. Wir wollen hoffen, daß sich die Kollegen auf ihre Pflicht besinnen und in puncto Versammlungsbesuch wieder fleißiger werden, als sie es bisher gewesen sind. Schon allein der zweite Punkt der Tagesordnung war für die Kollegen von größtem Interesse, nämlich die in Aussicht stehende Kameralfrage mit dem hiesigen „Arbeiterverein“. Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, wird dies bestätigen müssen. Wir jetzt hatten wir in unserem jungen Zweigverein ungeheurer Arbeiter-Kämpen, wobei die Kollegen, noch die Unternehmer waren uns hinderlich in den Weg getreten. Von letzteren mag es wohl der eine Teil aus etwas Gerechtigkeitsgefühl, der andere aus Mangel an Unterhalt haben und so hören, da bei dem guten Bauamt wenig Hoffnung vorhanden ist, die Bewegung der Maurer zu unterstützen. Man ersieht hier die dritte im Bunde der fünfzigsten Punkte der Erklärung unter dem hiesigen Maurer zu erklären. Der früher an eine moderne Arbeiterbewegung nicht gar nicht zu denken war, fanden die konfessionellen Arbeitervereine eine recht harte Verbreitung. Und selbst tüchtige und intelligente Köpfe lachten mangels anderer Betätigung einen Wirkungskreis für ihren Drang zur Arbeiterbewegung. Im Laufe der Zeit gingen gar manche zu der Ansicht gekommen sein, daß sie in diesen Vereinen das nicht fanden, was sie suchten — eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen. Aus diesem Grunde waren sie wohl gleich bereit, mitzulassen für unsere Ideen, für den Zentralverband der Maurer Deutschlands, ohne jedoch aus dem Arbeiterverein auszuweichen. Von diesen „Arbeitervereinen“ aus fand man jedoch, diese Mitglieder unserer Organisation abzurufen zu machen. Mit der „Vergründung“, daß unser Verband religionsfremd sei, suchte man uns die Mitglieder absperrig zu machen, und ferner dadurch, daß man sie vor die Wahl stellte, entweder aus unserem Verbande oder aus dem Arbeiterverein auszutreten. Wir würden auf diese Drohung stehen, denn wir wissen, daß unser Verband eine größere Anziehungskraft besitzt, als der igrige. Leider sind aber einige Mitglieder schon 10 bis 12 Jahre dabei, und haben auch eine Gewerunterstützung zu erwarten, die sie nicht verlieren wollen. Diese Kollegen sind nun an den Scheidepunkt gedrängt worden. Wir wollen hoffen, daß sich die Mitglieder auf unsere Seite neigen wird. Desio erfragen müssen nun wir, die wir nicht unter der Macht der Führer des „Arbeitervereins“ stehen, für unsere Sache werden; sollte es den Herren vom „Arbeiterverein“ gelingen, uns doch einzelne Mitglieder absperrig zu machen, so brauchen wir nicht zu verzweifeln, die große Masse der Maurer steht ja doch nicht unter ihrer Fuchel. Wenn die uns noch Fernstehenden nur einigermaßen die Augen öffneten, so könnten sie sehen, welchen Wert unsere Bewegung hat. Der Beginn dieses Kampfes ist wohl nicht ganz ein Produkt des Preises vom „Arbeiterverein“, da derselbe durchdringlich ließ, durch sanfte Klippensätze von anderer Seite dazu ermahnt worden zu sein. Lauter ist dies für unsere Gegner, daß sie sich zu Werkzeuge für andere hingeben, deren Meinung sie vielleicht gar nicht teilen. Außer dem angebotenen Ausfluß aus dem Verein versucht es der Vorstand vom „Arbeiterverein“ noch auf andere Weise, uns beizukommen. In der letzten Versammlung ist als Gegengewicht die Gründung einer eigenen Interessengruppe bei Arbeitsverhältnissen besprochen worden. Damit können die guten Leuten uns doch nur ein Rädeln abzugeben. Wir möchten wissen, was sie mit dieser Sinderparade denn im Einzelfalle eigentlich ausdrücken wollen? Die Beiträge, die sie sich für das Phantom einer Streikunterstützung auflegen würden, dürften wohl nicht gar zu groß sein, da die bisherige Erziehung der Mitglieder schon gar nicht donach war. Und mit einigen Pfennigen ist wohl nicht viel anzufangen. Doch gewährt uns dieser Plan eine gewisse Genugtuung. Ehe wir mit unserer Agitation hier einjengen, hat sein Mensch an solche Einrichtungen gedacht, am allerwenigsten der „Arbeiterverein“. Da hat sich kein Mensch um die erbärmlichen Verhältnisse der hiesigen Maurer gekümmert. Da da wir den Maurer den Weg zeigen, wie sie aus dieser Misere herauskommen könnten, erscheinen gleich diese Leuten und präsentieren sich als Rettungengel der Arbeiter. Wie schnell sich doch die Ver-

hältnisse ändern. Während der Streik früher als eine Art Sünde betrachtet wurde, macht man jetzt Bekanntheit mit dem Gedanken an Streikunterstützung und trägt sich gar mit dem Gedanken, hierzu eine Kasse zu gründen. Doch die Wahrheit können die Herren nicht aus der Welt leugnen, daß sie stets darauf bedacht sind, die Arbeiter zu zerstückeln. Die vorstehend angeführten Tatsachen sind ein erneuter Beweis dafür. Wenn die Arbeiter bessere Verhältnisse schaffen wollen, dann müssen sie sich auf sich selbst verlassen. Das gilt auch für die Glaser Maurer. Darum kämpfe jeder Kollege, der in unserer Reihen fleißig, mutig weiter, bis wir unser Ziel erreicht haben. Es wäre ein Verbrechen an uns selbst, wenn wir müßlos aufhören wollten zu kämpfen, wenn unsere mühsam geschaffene Arbeit fruchtlos sein, an der Gleichgültigkeit der Kollegen scheitern sollte. Auf Jahrgesetze hinaus wäre die Hoffnung auf eine Besserung unserer Lage vernichtet. Unser Zweigverein muß blühen und gedeihen, so wie es, was es wollen und darum, Sorge jeder Kollege für einen recht geschäftigen Besuch in unserer nächsten stattfindenden öffentlichen Versammlung.

Görlitz. Am 4. Oktober fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, die im Gegensatz zu den früheren erfreulicherweise stark besucht war. Genosse Fabritz-Cohn hielt einen lehrreichen Vortrag über: Das städtische Wesen des Staates. Im zweiten Punkt der Tagesordnung, „Verbandsangelegenheiten“, verlas der Vorsitzende, Kollege Kaubadel, ein Antwortschreiben der Unternehmer. Vor einigen Wochen gingen uns die Bauarbeiter an, mit ihnen gemeinsam ein Schreiben an die Unternehmer zu senden und sie aufzufordern, doch mindestens den alten Lohn wieder zu zahlen. Wir konnten uns damals dem Ersuchen der Bauarbeiter nicht anschließen, da wir auf alle unsere bisherigen Schreiben an die Unternehmer entweder abgelehnten, nichtachtenden oder gar keinen Bescheid erhielten. Da sich jedoch im Herbst die Arbeitslosigkeit auch in Görlitz etwas günstiger gestaltete, glaubten wir, doch noch einen letzten Versuch machen zu sollen. Wir sandten also ein Schreiben an die Unternehmerorganisation, in dem um gemeinsame Verhandlungen beider Organisationen ersucht wurde, um die geradezu unhaltbaren Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln resp. zu verbessern. Das Schreiben ging vor dem 1. September ab, Antwort erliefen wir bis spätestens 1. September. Die Herren Vorkandidaten des Arbeiterbundes waren jedoch im Wabe, um sich von ihren „Ansprüchen“ zu erholen. Der Kollege Kaubadel erhielt eine Karte aus einem Gehebe des Inhalts, daß eine definitive Antwort erst zum 16. September erfolgen könne. Wir mußten uns damit befrieden, und die Zeit bis dahin vor allem der Agitation widmen. Große Hoffnungen haben wir nicht gehabt, wir wollten nur nochmals sehen, ob das Görlitzer Unternehmertum vielleicht etwas aus den Vorgängen im übrigen Deutschland, durch die viele ihrer Herren Kollegen in eine bedrängte Lage gerieten, gelernt hätte. Aber nein, es steht noch genau so auf seinem probenhaften Herrenstandpunkt wie früher. Die Unternehmer sind der Ansicht, daß verbesserungsbedürftige Zustände nicht existieren, nach ihrer Ansicht haben sich die Verhältnisse im Gegenteil sogar verbessert. Freilich, für sie ist es besser geworden, indem sie uns weniger Lohn zahlen, ein Vorteil für uns liegt jedoch in dem Antwortschreiben der Meister, und das ist der, daß auch dem letzten Kollegen sich die Ueberzeugung aufdrängen muß, daß in Götze von den Unternehmern nichts zu erreichen ist. Wenn hier in Görlitz den Unternehmern der Herrenstandpunkt einmal ausgehoben werden soll, so kann es nur durch einen Kampf geschehen. Unsere Unternehmer müssen müde gemacht werden. Darauf müssen wir gefaßt sein: kommen muß und wird dieser Kampf; wenn er eintritt, richtet sich ganz nach den Umständen. Wir haben im Herbst in den verschiedenen Städtteilen Bezugsversammlungen veranstaltet, und damit gute Erfolge erzielt. Unsere Organisation am Orte macht erfreuliche Fortschritte; sie ist auf eine achtenswerte Höhe gestiegen. Am Schlusse des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl 174. Jetzt haben wir von 350 an Orte arbeitenden Maurern über 250 im Verbands. Das ist ein Zeichen, daß sich die Kollegen nicht mehr länger von den Unternehmern verhöhnen lassen wollen, denn anders kann man das Antwortschreiben nicht auffassen als verhöhrend. Seit unsere Organisation wieder im Aufsteigen begriffen ist, sind auch die Unternehmer wieder aufmerksam geworden. Einzelne haben Kollegen, die für den Verband eintreten, in brutaler Weise auf Pfahler geschrien. Darauf müssen wir uns jedoch nicht abdrücken, agieren wir unentwegt weiter; denn wenn es einmal zum Kampfe kommt, so ist es gut, wenn wir gerüstet sind. Regen wir das Schreiben vorläufig beiseite, holen es bei geeigneter Zeit wieder herbor und geben dann die gebührende Antwort darauf. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Notwendigkeit des Delegiertenwesens betont und die Delegierten ermächtigt, auf jedem Bau ihre Pflicht zu erfüllen. In „Verschiedenes“ erwähnte Kollege Kaubadel, daß schon wieder ein tödlicher Unfall bei dem Maurermeister Dubel vorgekommen ist, indem ein Arbeiter von einer Leiter abstürzte, was seinen Tod zur Folge hatte. Geschweize verläutet, daß der Staatsanwalt das Verfahren gegen den Maurermeister Grunert wegen des tödlich eingetretenen Arbeiters Fänger, in der Hospitalstraße eingeleitet habe. Man hat hier die baupolizeilichen Vorschriften in größter Weise vernachlässigt. Es war ein Unbrauchbar, auf den Balken befand sich keinerlei Abdeckung; die Arbeiter transportierten eine Wunde über die Balken Fänger trat fehl, stürzte ab und war tot. Nun Eingestellung des Verfahrens gegen Grunert. Kaubadel erwähnte die Angelegenheit, auch mehr für die „Wolfszeitung“ zu agieren und sich der politischen Organisation anzuschließen.

Gumburg. Zementlerer und Rucksteinarbeiter. In der Mitglieder-Versammlung am 2. Oktober bei Dohnlach referierte Kollege Gense über: „Lokal- und Zentralorganisationen.“ Er führte aus, daß vor den 90er Jahren fast nur Lokalorganisationen bestanden. Erst durch die Zentralisation sei es möglich geworden, in den kleinen und entlegenen Orten Organisationen zu errichten und zu besteuern, wie auch die großen Erfolge der Gewerkschaften nur infolge der Zentralisation erlangen werden konnten. Jeder unparteiliche urteilende Mensch muß anerkennen, daß die Zentralorganisationen in allen Ständen leistungsfähiger seien als die Lokalorganisationen, auch in der Verbreitung der politischen Bildung und in der Erziehung der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie.

Wenn der Arbeiter der Kapitalmacht trogen wolle, so sei eine einseitig zentralisierte Gewerkschaft nötig. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dann regte der Vorsitzende die erste Diskussion an über die Arbeitsverhältnisse am Orte, woran sich mehrere Kollegen beteiligten. Ganz besonders wurde von Schönlank und Wieg das Verhalten des Kollegen Gustav Baummeister gerügt. Wieg hat an einem Bau in Fißberg alle in Ottenen die Arbeit in Afford angenommen, ohne seinen Kollegen davon Kenntnis zu geben. Nachdem dieses aber zu Ohren der Kollegen gekommen war und sie nun Baummeister darüber Vorhaltungen machten, wurde er nach Unternehmensart grob und wollte einzelnen Kollegen sogar Feindschaft geben. Als aber daraufhin auch die übrigen Kollegen die Arbeit einstellen wollten, gab Baummeister doch klein bei und versprach, den Affordübertrag zu teilen. Dieses Versprechen hat er jedoch nicht gehalten. Leider war Baummeister in der Versammlung nicht erschienen, sondern er spielte in der Nähe in einer Wirtschaft Karten. Nachdem auch Schönlank als Altstössiger gewählt worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Herrdorf. Am 2. Oktober hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider war auch diese Versammlung trotz der wichtigen Tagesordnung nur spärlich besucht. Und immer sind es ein und dieselben Gesichter, die man zu sehen bekommt. Wir hatten uns im Frühjahr ein besseres Resultat für den Zweigverein versprochen, als es jetzt tatsächlich zu verzeichnen ist. Mägen doch die Herrdorfer Kollegen endlich ihre Kaufkraft und Interessenlosigkeit abschütteln, tatkräftig für den Verband agieren und besser die Versammlungen besuchen, denn daran, daß nach dieser Seite nichts getan wird, liegt es, daß wir nicht weiter kommen. Schon nach der Winter-, und von verschiedenen Seiten wird Frage erhoben, daß die Meister schon wieder Abzüge machen. Und hierzu wollen die Kollegen immer noch stille schweigen? Nein, Kollegen, das kann nicht so weitergehen. Darum, ihr Maurer Herrdors, aufgeschaut! Nehmt die Schlußmiete herunter! Agitiert für den Verband! Kommt pünktlich und zahlreich in die Versammlungen; dann erst werden wir zum Ziele kommen. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ wurde zunächst die Abschätzung vom Vergütigen verlesen. Hierbei ergab sich ein Ueberschuß von 10,45. Weiter wurde beschlossen, das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis anzuschaffen. Hiernach wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Weiter wurde beschlossen, dieses Jahr wieder einen Weihnachtsbaum aufzupflanzen.

Kritik. Hier bestand bisher eine lokale Maurerorganisation, die sich ebenfalls die Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen zur Aufgabe gemacht hatte. In diesem Sommer beschloß der Verein, von den Unternehmern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 zu fordern. Es fand auch eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, eine Verständigung wurde jedoch nicht erzielt; es wurde vielmehr eine zweite Verhandlung verabredet, zu der auch die Zimmermeister herangezogen werden sollten; es erzielten hierzu aber weder Maurer- noch Zimmermeister, so daß die geplante Lohnbewegung im Sande verlief. Die Maurer kamen nun zu der Einsicht, daß zur wirkungsvollen Verwirklichung ihrer Interessen eine andere Organisation notwendig sei. Sie luden deshalb den Kollegen Silberhardt zu einer Vereinsversammlung ein, damit er ihnen über die Gründe und die Aufgaben des Zentralverbandes einen Vortrag halte. Diese Versammlung hat Sonntag, den 9. Oktober, stattgefunden und den Anstoß an den Verband gegeben. Es traten sofort 24 Kollegen dem Verbände bei. Die Kollegen, die sich nicht zum Beitritt entschließen konnten, gehören dem Arbeiterverein an und beschließen, von diesem ausgeschlossen zu werden, wenn sie dem Verbände beitreten, andererseits ist ihnen aber auch die Tendenz unseres Verbandes nicht genehm.

Memel. Bei der Berechnung der hiesigen Kasernenbauten hat in dem allgemeinen Wettrennen, so man Submissionsverfahren zu nennen beliebt, der Unternehmer Wubau aus Insterburg den Sieg davongetragen. Durch die Ausführung dieser Bauten hat sich die Bauwirtschaft hier am Orte außerordentlich stark belebt, wodurch eine große Zahl fremder Maurer herangezogen wird. Die hiesigen ansässigen Kollegen können selbstverständlich nichts gegen den Zugang auswärtiger Maurer einzuwenden haben, da sie die Arbeit allein doch nicht bewältigen können. Was sie aber mit Recht verlangen können, ist, daß die zugewandten Kollegen auch die hier gültigen Lohns- und Arbeitsbedingungen beachten und sich danach richten, damit sie in Memel ansässigen Kollegen nach Fertigstellung der Kasernenbauten nicht eine verlängerte Arbeitszeit und einen kürzeren Lohn als gegen der überreichen Arbeitsgelegenheit davontragen. Wer es scheint, als ob mit dem Eingang der fremden Unternehmer auch die Lohnbrüder in größerem Maßstabe betrieben werden sollte. Zwar ist von dem Unternehmer der Kasernenbauten, Wubau aus Insterburg, bis jetzt noch nichts nach dieser Richtung hin bekannt geworden, aber wenn man sein Verhalten in Insterburg und Pillau, wo er ebenfalls mit Lohnbrüderi vorzuzug, weshalb über seine Bauten die Sperre verhängt werden mußte, in Betracht zieht, so ist von ihm nicht viel Gutes zu erwarten. Ein Zillfelder Unternehmer, der hier ein Baumeisterhaus ausführt und bei dem viele Zillfelder Kollegen arbeiten, hat den Stundenlohn, der hier 45 s beträgt, so herabgedrückt, daß wir uns darüber wundern müssen, daß die Kollegen, die bei ihm arbeiten, nicht energigig dazu Stellung genommen haben. Daß sie dies nicht taten, läßt den Schluß zu, daß die vielen bei hiesigen Unternehmen arbeitenden Maurer ebenfalls für einen geringeren Lohn arbeiten. Wenn wir uns hierin irren sollten, so kann uns dies ja nur angenehm sein. Wir möchten aber die hier bereits arbeitenden fremden und die hier noch zureichenden Kollegen ersuchen, unter allen Umständen darauf zu bestehen, daß ihnen ein Stundenlohn von 45 s gezahlt wird, ganz gleich, ob sie bei einem hiesigen oder einem fremden Unternehmer Arbeit annehmen oder bereits arbeiten.

Benig. Sonntag, den 9. Oktober, tagte hier eine öffentliche Versammlung der Maurer, wo Kollege Werthoff aus Leipzig in sehr ansprechender Weise zum Vortrag brachte, wie die wirtschaftliche Lage der Maurer zu verbessern ist. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Die Versammlung konnte besser besucht sein. Ein Teil der Kollegen tagt der Sonntagsarbeit nach. Solche Mißstände müssen dringend beseitigt werden, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Der Aufführung sind alle bekräftigt, daher fordern wir alle Kollegen auf, in die Versammlung zu kommen und auch die noch nicht organisierten Kollegen mitzubringen, damit wir einig vor die Meister hintraten können. Nach einem kräftigen Schlussspruch des Referenten, worin die Anwesenden noch einmal zum Festhalten an der Organisation aufgefordert wurden, und mit einem dreimaligen Hoch auf unseren Verband schloß die Versammlung.

Christlicher Arbeitererrat.

Arbeitererrat. — Ein hartes, mit dem Selbstwort „Christlich“ aber oft angewandtes Wort. Wir erheben den Vorwurf des Arbeitererrates in vollem Bewußtsein seiner Tragweite und Schwere gegen Mitglieder der hiesigen Mecklenburger des christlichen Bauhandwerkerverbandes. Prüfen wir, ob dieser Vorwurf in dieser Schärfe am Platze ist.

Meddinghausen, ein an der Südgrenze des sattsam bekannten Münsterlandes gelegener Ort, erfreut sich einer mächtig aufstrebenden Industrie, die zahlreiche Arbeitermassen nach jenem sonst so stillen und frommen Winkel zieht. Im Frühjahr (April und Mai) dieses Jahres versuchten wir, dort die ziemlich große Zahl der Maurer zur Organisation zu bringen. Eine christliche Organisation bestand dort bereits, der vielsiebt ein Viertel bis ein Drittel der Maurer angehörte. Die Zahl der in Meddinghausen und Umgebungen beschäftigten Maurer beträgt etwas über 700. Von Anfang an stellten sich schwere Hindernisse in den Weg; wie fast überall in unserer Gegend, fehlte uns ein Lokal, und es war trotz der größten Mühe nicht möglich, eines zu erhalten. Dann kam der Streit, den wir, im Gegensatz mit besonderer Beharrlichkeit, eingeleitet hatten. Mit den Christlichen schloßen wir ein Kompromiß und regelten die Agitation für die Lohnbewegung in gemeinsamen öffentlichen Versammlungen, und zwar in einem Lokale, das den Christlichen zur Verfügung steht. Während des Streits selbst fehlte uns sogar ein Raum, wo wir die Ausstellung der Legitimationen, Auszahlung des Meißelgebotes z. v. n. nehmen konnten; dies wurde größtenteils auf der Landstraße oder im Bahnhofraum gemacht.

Trotzdem hatten wir gute Erfolge; unsere Zahlstelle Meddinghausen zählt jetzt, im Oktober, immer noch über 200 Mitglieder. Bei diesen Erfolgen empfanden wir den Mangel jeglichen Versammlungslokals natürlich immer unangenehmer. Endlich wir doch einen fanden, den elementarsten Pflichten der Verwaltung, Mängel von Streit und ähnliches, zu genügen. Seit einigen Wochen hatten wir in einer Wirtschaft eine Zuflucht gefunden, eine Stelle, wo allsonntäglich der Kassierer und der Vorsitzende zu finden waren. Um nun das Band wenigstens etwas fester zu knüpfen, versetzten wir auf den Gedanken, in dieser Wirtschaft Besprechungen der Baulegitimierten abzuhalten. Die erste dieser Besprechungen sollte am 29. September stattfinden. Wie vorauszu sehen, war sie sehr stark besucht. Aber nicht lange sollte die Freude dauern. Ein Kollege sprach einige Worte über die Abschätzung — da erstiegen auch schon die Holzgeräusche — „Im Namen des Königs“ — die Teilnehmer wurden auseinandergejagt. Dem verübten Wirt, der gar keine Abnung hatte, was vorgeht, wurde der Ausschau verboten, und im Drange der Gefühle wurden auch gleich „Rehörer“ angestellt.

Wie kam nun die Polizei dazu? So fragte sich jeder; durch wen hatte sie Kenntnis von unserer Zusammenkunft erhalten? Es stellte sich bald heraus, daß drei christliche „Kollegen“ dazwischen waren, von denen der eine gleich zu Anfang das Lokal verließ. Es läßt sich nun freilich darüber streiten, ob dieser den Demagogen gespielt hat oder nicht.

Am darauffolgenden Sonntag sollte eine andere Besprechung stattfinden. Unsere Kollegen hatten, vertrauensvoll auf ihr gutes Recht, die Sache nicht als Geheimnis anständig gehalten. Die Folge war, daß schon vor der Zeit ein Doppelposten der heiligen Germanden im Lokal Posto gefaßt hatte und außerdem auch die Zugänge der engen Straße mit Polizisten besetzt waren. Wir waren eben wieder beraten, und zwar von einigen christlichen Maurern, wie uns bestimmt versichert worden ist. Diese „Kollegen“ haben der Polizei angezeigt, daß eine geheime Versammlung der sozialdemokratischen Maurer stattfände.

Nach dieser Runderhebung dürfen wir mit Stolz sagen annehmen, daß auch die Aufspürung der ersten „Versammlung“ auf die Demagogie derselben oder ähnlicher „Christen“ zurückzuführen ist.

Es gibt nichts abzuleugnen! Der Fall ist übrigens typisch; wir könnten noch leicht mit einem halben Dutzend aufzählen. Man kann sich aber darüber nicht sonderlich wundern, denn die christlichen Gewerkschaften leben notgedrungen nur vom Arbeitererrat. Sobald sie diese Taktik aufgeben würden, wäre ihnen der Lebenshauch abgeblasen. Wir veröffentlichten diese Zeilen auch nicht etwa deswegen, um die „Christen“ zu nöthigen, davon abzulassen. Beweiskraft nur immer laßt sich weiter; je toller sie es treiben, je besser werden sie von der Arbeitererschaft erkannt. Wenn sie in ihrer und in der sie aufspürnden Germanden und Minderpresse wieder zähneklappend heulen über den „Zerwürnis“ unserer Gewerkschaften, dann mag man aber diese Gesellschaft mit ihren Schandtatzen und die Öfen schlagen und ihnen getrost entgegenhalten: Ihr habt es nicht anders verdient!

H. Winnig.

Aus Witten wird uns berichtet: Der Christliche Bauhandwerkerverband in Witten hat hier sein Patent-Christentum wieder einmal glänzend bewiesen. Als die Firma Köster in Witten kürzlich vier Maurer vom christlichen Verband entließ, und auch den versprochenen Lohn nicht nachzahlen wollte, wandten sie sich an den Zentralverband, und mit diesem gemeinsam einen Arbeitsvertrag auszufertigen und ihn der Firma Köster durch die Lohnkommissionen beider Verbände zu überreichen. Der Unternehmer nahm jedoch den Vertrag nicht an, worauf elf Maurer vom Zentralverband und drei Mann vom christlichen Verband die Kündigung einreichten. Der zweite Vorsitzende des Ortsvereins Annen des christlichen Verbandes kündigte nicht, sondern wurde zum „Arbeitswilligen“; trotzdem wurde der Mann nicht aus dem christlichen Verbande ausgeschlossen. Nachdem nun etwa 14 Tage die Sperre verhängt war, und Köster unbedingt Maurer haben mußte, knüpfte die Christlichen mit ihm Verhandlungen an, ohne den Streikleitern

oder der Lohnkommission davon Kenntnis zu geben. Erst später, nach den Verhandlungen, erhielt der Streikleiter des Zentralverbandes, Kollege Herrmann, vom Vorsitzenden des christlichen Verbandes per Postkarte die Mitteilung, daß sie ihrerseits die Sperre aufgehoben hätten. Was sie aber mit Köster vereinbart hatten, teilte er nicht mit, jedenfalls ist der Vertrag bis heute noch nicht unterschrieben. Selbst in einen Streit einzutreten, dazu ist die Gesellschaft zu feige, da würden sie den Zentralverband vor, um die Kasseanten für sie aus dem Feuer zu holen. Aber heimlich unterhandeln, und die Kampfgenossen hintergehen und verraten, das können sie um so besser. Die Falschheit gegen den von ihnen mit in den Kampf gezogenen Zentralverband ist merkwürdig. Die Witterchristen haben sich sogar ausgelassen, daß diese Taktik angewendet werden müsse, um die „Koten“ zu verdrängen. Der Plan sei wohl überlegt worden, denn die Firma werde eine Kolonne christlicher Maurer von Dortmund erhalten. Eine solche Handlungsweise entspricht auch ehrlöser Bestimmung und ist wohl schlimmer als „Zerwürnis“. Die Patent-Christen können sich darauf verlassen, daß ihnen dieser Verrat nicht vergessen wird; es kommt die Stunde der Vergeltung.

Ueber „Christliche Häubertaktik“ wird uns aus Köln geschrieben: Als im Sommer d. J. unsere Kollegen in Haan (Kreis Solingen) im Streit standen, wurde u. a. auch mit dem dortigen Unternehmer Meißel über die Arbeitsbedingungen in Beziehung unterhandelt, wo die Firma Köster & Meißel den Bau der Provinzial-Berrenanstalt auszuführen hat. Unser Gausvorsitzender Müth erklärte: „Reichlingen gehört zum Lohngebiet Küpperleg; Wiesdorf-Schleibsch-Plänen, dort haben wir Vertrag, diesen müssen Sie anerkennen.“ Darauf meinte Herr Meißel: „Ich brauche ja keine Mitglieder Ihres Verbandes zu beschäftigen, ich kann mir ja Christliche holen.“ Müth sagte darauf: „Glauben Sie, Herr Meißel, daß die Christlichen umsonst arbeiten? Die werden nicht dorthin gehen, wenn wir in Lohnbewegung stehen.“

Herr M. meint die Christlichen aber besser gekannt zu haben, denn während des Haaner Streits ist er mehrfach in Bonn gewesen, wo die Christlichen mit unseren Kollegen gemeinsam im Streit standen; dort hat er nicht nur Maurer und Hilfsarbeiter von den Christlichen nach Reichlingen bekommen, wodurch man die Festsellung des Küpperleg-Vertrages für Reichlingen verhindert, sondern die Christlichen haben auch zugefagt, gleich nach Beendigung des Haaner Streits nach dort Leute zu senden. Und das haben sie denn auch wirklich getan. Am selben Abend, wo in Haan nach 14tägigem Kampfe ein Vertrag abgeschlossen wurde, der die Beendigung der Forderungen der Maurer einleitete, fuhr Herr Meißel noch nach Bonn, und ehe es möglich war, die Streikenden von der Beendigung des Kampfes zu benachrichtigen; um sie zur Milderung zu veranlassen, hatte Meißel eine Kolonne Christlicher in Haan, wodurch es unseren Streikenden unmöglich war, die ja freilich innegehaltenen Stellen wieder einzunehmen. Das ist doch die reine Häubertaktik!

Und was das „Schönste“ bei der Geschichte ist, diese „Musterchristen“ haben auch noch den traurigen Müth, ihre niederträchtige Handlung zu vertreten. Als kürzlich in Reichlingen eine Versammlung abgehalten wurde, gab einer von ihnen, Namens Müller, unumwunden zu, Kenntnis davon zu haben, daß unser Kollege Müth mit dem Unternehmer Meißel über die Durchführung des Küpperleg-Vertrages verhandelt habe, aber, sagte der „würdige“ Mann, „man kann es doch dem Unternehmer nicht verdenken, wenn er sich zu irgend juckt und sich auf unserm Arbeitsnachweis in Köln Maurer und Handlanger holt. Unser Arbeitsnachweis ist dafür da, unseren Kollegen Arbeit nachzuweisen, und wir haben das Recht, zu arbeiten, wo wir wollen.“

Wohlgemerkt! Die in Reichlingen beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter waren in unseren, den sogenannten „freien“ Verbänden organisiert. Der christliche Verband hatte kein einziges Mitglied dort, und er importiert nun durch seinen famosen Streikbrecher, Arbeitsnachweis keine Mitglieder nach Reichlingen. Die Reichlinger Kollegen, die sich schon darauf gefreut hatten, auch einmal ein größeres Stück Arbeit am Orte zu haben, wo sie, wenn der Unternehmer den Küpperleg-Vertrag anerkannte (und das triefte er, wenn die Christen nicht dazwischen kamen), einen allzumaligen Lohn verdienen konnten, müssen jetzt zusehen, wie durch die importierten Ausgewerkschaftler ihnen das Brot vor dem Munde weggestohlen wird. Sie selbst sind schließlich gezwungen, zu feiern, da erfahrungsgemäß in so kleinen Orten die Bau-tätigkeit im Herbst und Winter sehr gering ist, oder sie müssen sich ausobris ein Unterkommen suchen. Und diese Häubertaktik wird geübt im Namen des Christentums!

Christliche Unwahrhaftigkeit offenbart sich in einem Artikel der „Baugewerkschaft“, wo an Hand eines von den Inalorganisierten Maurern herausgegebenen Flugblattes die Arbeit in Berliner Maurergewerbe besprochen wird. Nachdem die Alldorfmaurerei in ganz zureichender Weise gebührt ist, heißt es zum Schluß des Artikels:

„Interessant zu beobachten ist es, daß der Zentralverband der Maurer Deutschlands, dessen Zweigvereine hier (in Berlin) etwa 1000 Mitglieder zählt, keine ernsthaften Schritte unternimmt, um diesem entgegenzuarbeiten. Man predigt ja immer: „Affordarbeit ist Mordarbeit“ usw. Es scheint aber, als ob diese Kollegen, welche durch ihre Affordmaturerei eine Menge Berufskollegen arbeitslos machen, in größerer Eunst bei ihnen stehen als die christlich organisierten. Mit diesen arbeitet man einfach nicht zusammen. Die „Genossen“ sind anscheinend in Eurch geraten oder der Vorkänge in Hamburg und Hannover. Uns soll dieses aber nicht abhalten; unsere Schuldigkeit ist der Auffassung unter unseren Kollegen über die Schändlichkeit der Affordmaturerei zu tun, damit diese, da Affordmaturerei nicht in unseren Reiken gebildet werden, bei ihrem eheintuellen Zusammentreffen mit solchen Kollegen, auch mit der Zeit eine andere Ueberzeugung gewinnen.“

Diese Bemerkung stammt zweifelsohne von der Redaktion der „Baugewerkschaft“, die ihren Sitz in Berlin hat. Sollte

Herr B. Jacobi, der das Blatt verantwortlich zeichnet, die Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Berliner Maurergewerbe kritisch zu wenig kennen, daß er nicht weiß, daß bei uns kein Berliner Verbandskollege, ebenso wie bei den Kolonialen, die Wort m a u r e r i - nur um das Maucn handelt es sich in dem Artikel - freng bezieht ist, und daß jedes Berliner Verbandsmitglied, das beim Mauern im Altord betroffen wird, ohne viel Federlesens aus dem Verband ausgeschlossen wird. Wir glauben nicht, daß Herr Jacobi dies nicht weiß. Er würde uns das auch wahrscheinlich als Beleidigung anrechnen, wenn wir sagen wollten, er hätte keine Ahnung von der Tätigkeit der von ihm bescheinigten Organisation, selbst da nicht, wo er die Vorgänge aus nächster Nähe beobachten kann. Es bleibt also nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß die Redaktion der „Baugemeinschaft“ die von uns nichtergegebene Bemerkung wider besseres Wissen in die Welt gesetzt hat, lediglich zu dem Zweck, unseren Verband zu verkleinern.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 9. bis 16. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der drüthen Verwaltung in Kiel M. 600, Memleben 50, Memel 400, Schwetzer 288,47, Weihenstephan 200, Friedrichshagen 200, Schwerin I. M. 200, Kremmen 180,90, Marborn 150, Altentrumsdorf 150, Neubienhof 150, Rudolfsdorf 150, Zehde 150, Meindorf 150, Raibach 150, Niebel 118,45, Fährtenwalde 109, Ditterberg 100, Senninghof 100, Granitz 100, Welen I. d. Mark 100, Wolfow 100, Jordan-Paradies 100, Budow 100, Nautilitz 100, Dittsburg 100, Nieleben 85, Söpenhagen 80, Rejin a. d. Havel 72,90, Eggstein 50,59, Neu-Sanglow 50, Wieternitz 50, Ebergöben 50, Schwartau 45,46, Altorde 40, Hagen I. B. 35. Summa M. 5285,77.

Zuschüsse erhielten: Reibitz M. 300, Gr.-Schönsted M. 150, Stammheim 150, Zobenhausen 100, Schweinitz a. d. Elster 100, Sutter a. Wg. 50, Merzbach 40. Summa M. 890.

Altona, den 15. Oktober 1904.

Karl Reish, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsarbeiten werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Würdigung der Verhältnisse und der überführten Folgen, umschickend an den Grundstein zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Ein a. N. Ein schwerer Baumfall ereignete sich am Morgen des 11. Oktober gegen 11 Uhr an der Aufstammstraße in Ehrenfeld. Als von einem Neubau das Gerüst entfernt wurde, stürzte ein Teil des Mauerwerks zusammen und begrub vier Leute unter sich. Ein Schächtermeister namens Berg wurde schwer verletzt, die anderen erlitten ebenfalls teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Städtische Krankenwagen brachten alle Verunglückten ins Bürgerhospital. Die Wapolizei erschien bald nachher auf der Bauplatz.

Hannover. Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 15. Oktober auf dem Rathausneubau. Im Innern des Hauses wird ein Schornstein von 1,20 m lichter Weite hochgeführt, wobei der Mauerrestung Steige mitbehaftigt war. Der Schornstein war mit einer Klappe abgedeckt, worauf Steine und Stalk lagerten. Als Gleite die Klappe bestieg, tauchte er mit dem Material etwa 14 m tief hinab und erlitt einen schweren Oberkörperbruch, schwere Hautabschürfung an den Armen, eine schwere Kopfverletzung sowie auch innere Verletzungen. Der Bedauernswerte wurde mit dem Sanitätswagen ins Krankenhaus gebracht. Würde die zum Abdecken benutzte Klappe eine genügende Auflage gehabt haben, so wäre ein solcher folgenschwerer Unfall ausgeschlossen. An Antreibern mangelt es auf dem Rathausneubau nicht; es wäre richtig, wenn diese Leute mehr ihr Augenmerk auf die Gerüste und Abdeckungen richteten.

Zeche. (Schwerer Unfall.) Am 11. März, um 10 Uhr Vormittags, verunglückte der Maurer S. Klein, indem er von einem Dache in Höhe von ca. 5 m abstürzte. Der Verunglückte hatte einen doppelten Schuttboden, ein schweres innere Verletzung erlitten und wurde noch dem Jullentisch gebracht. Er war mit noch einem Kollegen dabei beschäftigt, eine Platte auf einen Schornstein zu legen, und während sein Kollege auf kurze Zeit das Gerüst verließ, ist er wahrscheinlich infolge des starken Neisses ausgeglitten. Dem Kollegen muß dieser Unfall wieder eine traurige Warnung sein, mehr denn je auf die Schutzvorrichtungen zu achten.

Küpperhege i. Rhld. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Freitag, den 14. Oktober, Nachmittags 1 1/2 Uhr, an dem Ringofen-Neubau. Das ganze Gemäwe in einer Länge von 15 m stürzte in sich zusammen und begrub den Arbeiter Emil Drechert unter seinen Trümmern. Dem Maurer Gerhardt gelang es, sich durch einen Rauchkanal zu retten. Drechert konnte leider nur noch als Leiche herbeigezogen werden. Der sofort hinzugezogene Arzt konstatierte Genesungslosigkeit. Die Ursache des Einsturzes dürfte wohl auf das naive Weisen und die ungleichmäßige Beladung des Gemäwes zurückzuführen sein.

Rosen. (Schwerer Einsturz eines Neubaus.) Freitag, den 14. Oktober, Vormittags 10 Uhr, stürzte in der Neuen Gartenstraße, Ecke Gartenbergstraße, ein Teil der Hoffront des bis zum Nichten vorgeführten Neubaus ein. Durch diesen Einsturz wurden auch die massiven Wände (Patent Craciano) mit in die Tiefe gerissen. Das Ganze bildete einen Schutthaufen, unter dem der Maurer Oswald Lange und Thomas Kopperski und die Arbeiterin Janowitz begraben wurden. Die in bestimmungslosen Zustände befindlichen beiden Maurer wurden von ihren Kollegen, die Arbeiterin von der inگذlichen erkrankten Feuerwehrr herbeigezogen. Die Verunglückten wurden mittels Krankentragens ins Städtelazarett transportiert. Wie drei haben schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen davongetragen. Dieser Unglücksfall war von der Seite bis zu den Sparten „Patent“. Der Architekt Zohoff, Generalunternehmer

des Hauses, erwand von der Firma Neukans die Erlaubnis, „Patent“ keine zu fabricieren. Der hierzu verwendete Sand ist sehr feinkörnig, wodurch die Binderkraft fast beinahe Null wird. Im Zement wurde, wie jeder vielfach üblich, über alle Maßen gespart. Mischung: 1 Teil Zement zu 10 Teilen Sand; 10 Sad Zement auf 1000 Steine. Die Gängendecken (Kappen) wurden von ungelerten Arbeitern der „Patentfirma“ Wepphal hergestellt. Die Ausführung der übrigen Maurerarbeiten lag in den Händen der Baufirma Roskam & Lindner. Dem Material entprechend, waren die Pfeiler der Sinterfront zu schwach, jede Belastung setzte, und als die Kappen an der Hofseite ausgegallt wurden; war es mit der Standhaftigkeit der Mauern vorbei. Zunächst bemerkt man nur einige Risse, die den Architekten Zohoff zu der Bemerkung veranlaßten: Nur immer weitergearbeitet, ich verantworte alles! - Bald darauf war das Unglück geschehen. Würden die übrigen Kappen nicht noch eingestallt und abgeheilt gewesen sein, so läge wahrscheinlich der ganze Bau in Trümmern, wobei 80-40 Arbeiter hätten verunglückt können. Risse setzen sich jetzt überall.

Es ist ja ganz gut und schön, daß man beruht, auch dem Baugewerbe die neueren Erfindungen dienlich zu machen, aber etwas mehr Vorsicht mit den „Patenten“ könnte wahrlich nicht schaden. Nebenfalls muß Fürsorge getroffen werden, daß Patent, Profit und Menschenleben nicht in so engen Zusammenhang gebracht werden können wie in dem vorliegenden Falle.

Die Förderung des Arbeiterschutzes auf Bauten haben sich die großen Berufsorganisationen der Bauarbeiter von jeher besonders angelegen sein lassen; recht intensio gefördert wurde aber der Bauarbeiterschutz erst von der Zeit an, wo sich eine besondere Zentralfbauarbeiter-Schutzkommission aus den verschiedenen Berufsorganisationen der Bauarbeiter gebildet hat, durch deren Anregung dann wieder in fast allen größeren Städten drückte oder Bezirkskommissionen zum Schutze der Bauarbeiter entstanden sind. Durch die Tätigkeit dieser Kommissionen sind zahlreiche Mißstände auf Bauten aufgedeckt und beseitigt worden, allerdings nicht ohne heftiges Sträuben der baugewerblichen Unternehmer, denen die Tätigkeit der Bauarbeiterschutzkommission um desto mehr sehr verhasst ist, weil sie dadurch vielfach zu Einrichtungen veranlaßt werden, die ein mehr oder minder großes Loch in ihren Geldbeutel reißen. Es nimmt daher nicht wunder, wenn die Unternehmer resp. ihre Organisationen darauf sinnen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie die Tätigkeit dieser Kommissionen einzuschränken resp. lahmzulegen ist. Statt nun aber Einrichtungen zu treffen, die einen möglichst weitgehenden Arbeiterschutz auf den Bauten gewährleisten, wodurch ja die Ergänzbarkeit der Bauarbeiterschutzkommission sehr in Frage gestellt würde, rufen sie in ihrer Angst nach Kollige und Staatsanwaltschaft, damit diese gegen die bösen Bautenkontrollen vorgehen. Sie sich, dies die Unternehmer denken, berät ein Rundschreiben der Thüringischen Baugewerkschaft an ihre Mitglieder, das also lautet:

„In gedruckt Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Heinerer sozialdemokratischer Vereinigungen, in Eingaben an Behörden und in der sozialdemokratischen Presse werden immerfort angeblühete Mißstände im Baugewerbe und Verträge gegen die Unfallversicherungsbedingungen geschildert, welche von den Bauauftraggebern dieser Organisationen, sozialdemokratischen Kontrollen, durch Kontrollen der Bauten festgelegt sein sollen.

Die ungeheuerlichen Behauptungen über himmelstreichende Zustände auf Bauten können bedauerlicherweise in den meisten Fällen auf ihre Richtigkeit nicht geprüft und widerlegt werden, weil die Verträge entweder zu spät in die Hände der Berufsorganisationen kommen oder weil die Angaben über die Bauten fehlen, auf denen die Mißstände angeblich vorgefunden wurden.

Da sich neuerdings die Angriffe gegen die Baugewerkschaften auf Grund der geheimen Baukontrollen mehr, empfiehlt der Genossenschaftsverband den Mitgliedern, Kontrollen, welche sich nicht als Beamte der Berufsorganisationen ausweisen können, den Zutritt zu den Bau- und Werkplätzen nicht zu gestatten. Es ergeht dieses Verbot in Rücksicht auf die drohenden Unrichtigkeiten und Uebertreibungen in den Berichten der Arbeiterkontrollen bringen notwendig. - Wenn bei den von den technischen Aufsichtsbearbeitern der Berufsorganisationen borgenommenen Revisionen zwar noch Verträge gegen die bestehenden Vorschriften gefunden werden, so kommen solche erfreulicherweise doch nicht in dem Maße vor, wie sie von der angebeuteten Presse darzustellen versucht werden.

Der Vorstand muß hierbei immer wieder darauf aufmerksam machen, daß die Nichtbeachtung der Unfallversicherungsbedingungen für die Mitglieder empfindliche Nachteile im Gefolge haben können. Bei zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften sind gemäß § 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes Geldstrafen bis zu M. 1000 zu verhängen, oder die Mitglieder sind mit ihren Betrieben in höhere Gefährtenklassen einzuführen.

Erfurt, im Mai 1904.

Der Genossenschaftsvorstand Wenn die Berufsorganisationen ihren Mitgliedern den Rat gibt, den Baukontrollen den Zutritt zu den Werkplätzen nicht zu gestatten, so meint sie damit offenbar, daß die Unternehmer auf Grund des Paragraphen im Strafgesetzbuch, der vom Hausfriedensbruch handelt, vorgehen sollen, um die Tätigkeit der Bauarbeiterschutzkommissionen lahmzulegen, denn daß es noch genug Mißstände auf den Bauten festzustellen und zu beseitigen gilt, wird durch den letzten Satz des Rundschreibens zur Evidenz befestigt. Aus anderen Baugewerkschaften sind uns schon früher ähnliche Angriffe gegnlicher Unternehmerzungen gegangen, sie haben aber weder die Tätigkeit der Bauarbeiterschutzkommissionen einzuschränken vermocht, noch ist durch sie eine Besserung des baugewerblichen Arbeiterschutzes erzielt worden, und das wird auch mit dem vorliegenden nicht erreicht werden. Wenn die Unternehmer es fertigbringen sollten, den Bauarbeiterschutzkommissionen

den Weg zu den Werkplätzen zu verperren, so werden eben unsere dort arbeitenden Mitglieder dafür sorgen, daß die Mißstände aufgedeckt und mit oder gegen den Willen der Unternehmer beseitigt werden. Unsere Organisation wird ihnen bei dieser Arbeit stützend und helfend zur Seite stehen.

Aus anderen Berufen.

Aussperrung der Berliner Möbelschleifer. Die Scharfmacher unter den Berliner Tischlermeistern und Holzindustriellen agitierten schon seit langem für eine allgemeine Aussperrung der Berliner Tischler, obwohl die Arbeiter das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt haben, ihre geringfügigen Forderungen den Unternehmern so annehmbar wie möglich zu machen, was auch von manchen Fabrikanten anerkannt worden ist. Die Scharfmacher wollen aber keinen Frieden. Sie haben einen Beschluß zu fassen gebracht, daß eine langsame, aber stetig zunehmende Aussperrung vorgenommen werden soll, um die Kasse des Holzarbeiterverbandes zu füllren und die Organisation zu schwächen. Und mit der Ausführung dieses Beschlusses ist auch schon der Anfang gemacht worden. Um diese Taktik zu durchkreuzen, haben die Tischler einer größeren Möbelschleifer die Arbeit eingestellt, und weitere Arbeitseinstellungen und Aussperrungen werden wohl in den nächsten Tagen folgen. Es ist nicht unmöglich, daß der Wunsch der Generalarbeiter nach in Erfüllung geht.

Die Former und Gießer, 1300 an der Zahl, streiken in Tangerhütte.

In Hamburg und einigen anderen großen Städten streiken die Fleischer in der Lohnbewegung.

Polizei und Gerichte.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Aichaffensburger Maurerstreik. Vor dem untertäniglichen Schwurgericht in Würzburg begann Freitag, 14. Oktober, gegen 14 Personen ein Prozeß wegen Landfriedensbruchs. Die Anklage richtet sich gegen: 1. Chr. Kaupp, verheir., Gemüshändler von Aichaffensburg, 2. R. Fries, verheir., Maurer von Schweinheim, 3. J. Mader, verheir., Maurer von Schweinheim, 4. Joseph Baumann, verheir., Maurer von Haibach, 5. Joh. M. Roth, verheir., Maurer von Haibach, 6. Wilh. G. Schleichling, verheir., Bierbrauer von Aichaffensburg, 7. Seb. Wenzel, verheir., Maurer von Haibach, 8. Joh. Schwarz, verheir., Bierbrauer von Aichaffensburg, 9. Michael Lang, verheir., Maurer von Maringschaff, 10. Joh. Seebauer, verheir., Bierbrauer von Aichaffensburg, 11. Joh. Vorber, verheir., Maurer von Aichaffensburg, 12. Wilh. Wenzel, lediger Maurer von Haibach, 13. Chr. Wenzel, verheir., Maurer von Haibach, 14. Ad. Stürmer, verheir., Müller von Aichaffensburg. Die unter Ziff. 1 bis einschließlich 8 Genannten stehen unter der Anklage des Verbrechen, die anderen unter der Anklage des Vergehens des Landfriedensbruchs. Wie u. a. aus der Anklageschrift, die 22 angeführte Personen füllt, hervorgeht, liegt der Anklage folgender Vorfall zu Grunde:

In Aichaffensburg arbeiteten während des dortigen Streiks eine Anzahl „Arbeitswillige“ aus Pimparr, einem bekannten „Arbeitswilligen“ Dorf bei Würzburg. Diese Leute hatten es zum Ziel nicht verabsäumt, zu dem Zwecke der Organisation beigezuzetern, um aus dem Gewerkschaftsblatt zu erfahren, in welchen Orten getreift würde, damit sie ihr Geschäft als Arbeitswillige um so leichter betreiben konnten. Als am Vormittag des 30. Mai etwa zehn „Arbeitswillige“, für den Baumeister Engelbert Graßmann bestimmt, auf dem Bahnhof in Aichaffensburg ankamen, wurden sie von den in der Nähe sich aufhaltenden Personen mit wenig schmeichelfastigen Worten bedacht. Dabei soll nach der Anklageschrift u. a. auch die Aeußerung gefallen sein: „Wenn wir Euch nicht pöden, helfen uns die Drauer noch.“ Am Abend desselben Tages kam es dann zu Ausschreitungen, die eigentlich den Kern der Anklage bilden. Baumeister Graßmann hatte die „Arbeitswilligen“ bereits um 6 Uhr Feierabend machen lassen und marschierte mit ihnen und den Bauführern in geschloffenem Zuge zu seiner in der äußeren Marktbochstraße gelegenen Wohnung. Auf dem Wege dorthin kam es in der Nähe der Kadabrit, die etwas außerhalb der Stadt liegt, zu einem Zusammenstoß zwischen den „Arbeitswilligen“ und einem Trupp anderer Personen. Unter den letzteren sollen sich auch die Angeklagten befunden haben. Einige „Arbeitswillige“ erhielten Stöße oder wurden den Ehrenkodexmann hintergegriffen, ihre Verletzungen waren nicht erheblich. Nur der Baumeister Graßmann selbst war infolge der Verletzungen zwei Tage bettlägerig. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß Graßmann einen Rebolter gezogen hatte. Die Arbeiter wollten sich nicht niederschicken lassen und fielen über Graßmann her, warfen ihn zu Boden und verletzten ihn einige Male.

Die Anklagebehörde nimmt nun an, es handle sich bei diesem Vorkommnis um einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall. Sie sucht dies aus allerlei Umgehung, die seitens der Angeklagten gefallen sein sollen, herzuweisen, und u. a. auch aus der Bemerkung eines Richters, die nach der Anklageschrift lautete: „Wir sind organisierte Arbeiter, da ist es unsere Pflicht, daß wir einander unterstützen.“ Wie eine beratige Aeußerung als Beweis für einen vorbereiteten Ueberfall aufgeführt werden kann, ist uns nicht recht verständlich. Bei jedem Lohnkampfe wird den Arbeitern gesagt, daß sie einander unterstützen müssen. Damit ist aber die finanzielle und moralische Unterstützung, niemals aber das gemeint, was die Anklagebehörde herausdefiniert. Weiter sollen die Worte gefallen sein: „Wir kommen heute noch hinüber“, und schließlich soll ein Angestellter, der in Gewerkschaftstreifen verheiratet ist, zu den angeklagten Bauern einen Zettel gebracht haben, auf dem die Aufforderung, sich am fraglichen Tage an einem bestimmten Orte einzufinden, gefunden haben soll.

Die Vernehmung der Zeugen, deren im ganzen 57 geladen waren, dauerte volle zwei Tage und förderte nur insofern belastendes Material zu Tage, als der Angeklagte Fries als derjenige bezeichnet wurde, der mit einem Wadstein nach einem „Arbeitswilligen“ geworfen hatte. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Beschuldigten Kaupp, Roth, Schleichling, Schwarz, Lang, Seebauer,

Anzeigen.

Vorher, Michael und Christian Wenzel, solote Süntner freigesprochen, dagegen Milan Fries, Jakob Wäber, Josef Baumann und Sebald Wenzel wegen Körperverletzung, und zwar erstere zu einem Jahr, von den übrigen Jakob Wäber zu fünf und die beiden übrigen zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, worauf die seit 31. Mai d. J. Juni erlassene Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wird. Gleichzeitig wurde die gegen die ersten sechs Angeklagten verfügte Gefängnisuntersuchungshaft aufgehoben, so daß auch diese den Saal frei verlassen durften.

Tarifvertrag und Erpressungsparagraff. Die Berliner Baukämpfer haben mit der dortigen Klemmerunion einen Vertrag geschlossen, wonach der Stundenlohn 60 A beträgt. Der Obermeister Berger aber, obwohl er als Vertreter der Klemmerunion den Vertrag mit unterzeichnet hatte, zahlte den tarifmäßigen Lohn nicht. Daraufhin hat der Vertreter der Klemmerunion, Diesner, den Obermeister zur Zahlung des Lohnes zu bewegen gesucht und am Schluß der Unterredung soll er zu B. gesagt haben: „Wenn Sie den Lohn nicht zahlen, wird Ihre Werkstatt gesperrt und Ihr Verhalten im „Vorwärts“ bekannt gegeben.“ Berger hat dann den Lohn bezahlt — wozu er übrigens auch von der Schlichtungskommission angehalten wurde — hat aber auch den Diesner der Staatsanwaltschaft denunziert. Die Folge war, daß D. wegen Erpressung angeklagt wurde. In der Gerichtsverhandlung bemühte sich der Obermeister Berger, die Sache zu hinführen, als ob der Tarif auf seinen Verstoß keine Anwendung finde, da er nicht ausschließlich Baukämpfer beschäftige. Es wurde jedoch durch Zeugen festgestellt, daß er auch den bei ihm beschäftigten Baukämpfern den tarifmäßigen Lohn noch im Oktober vorigen Jahres nicht zahlte, obgleich der von ihm unterzeichnete Tarif bereits seit Mai in Kraft war. Ferner wurde festgestellt, daß die Schlichtungskommission — allerdings erst nach der Unterredung mit Diesner — den Betrieb Bergers als unter den Tarif fallend anerkannt hat. Erzbischof von Liebieh ist B. vor Gericht den „Gern im Hause“ herauszuführen, den der korporative Tarifvertrag nicht hindert, Sondervereinbarungen unter nicht tarifmäßigen Bedingungen mit den Arbeitern abzuschließen. — Diesner berief sich darauf, daß er sich vollumfänglich hielt, den Obermeister zur Zahlung der tarifmäßigen Löhne aufzufordern, daß er hierbei im Auftrag der Bergarbeiter handelte und die angebotene Drohung auch nicht in der von B. angegebenen Form gebraucht, sondern vielmehr gesagt habe: „Wenn Ihre Gesellen, weil Sie den Tariflohn nicht zahlen, die Arbeit niederlegen, so werden sie durch den Verband unterstützt und Ihr Verhalten wird dann auch in Versammlungen und in der Fachpresse bekannt gegeben werden.“

Der Staatsanwalt betrat die Ansicht, daß die Bergarbeiter — trotz des Tarifvertrages! — keinen Rechtsanspruch auf den geforderten tarifmäßigen Lohn hätten. Dies, in Verbindung mit der vom Angeklagten ausgeprochenen Drohung, würde also der Tarifbestand der Erpressung ergeben, aber bei Angeklagte habe glaubt können, die Arbeiter hätten einen rechtmäßigen Anspruch auf den geforderten Lohnsatz, und damit falle die Anklage auf Erpressung. Dagegen beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung mit zwei Wochen Gefängnis zu bestrafen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Seinemann, wies in längerer ausführlicher Ausführungen nach, daß die überwiegende Ansicht in Rechtsprechung und Literatur dahin gehe, daß derjenige, der einen Tarifvertrag geschlossen habe, daran gebunden sei und nicht mit einzelnen Arbeitern abweichende Abreden treffen dürfe. Dies sei schlagend von der ersten Instanz auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, Professor Lotmar in Bern, nachgewiesen. Die Abrede, die man mit dem Tarifvertrag erreichen wolle, den Abschluß von Arbeitsverträgen zu erleichtern, die Nachteile der Schleuderei und Schmutzlohnkurrenz zu beseitigen, können nur durch die Tarifverträge für die Kontingenten zwingend sein. Andernfalls würde er zur Post und Faxe und die Schmutzlohnkurrenz könne durch das ihr eben verschlossene Tor wieder eingehen. Juristisch sei die zwingende Natur des Tarifvertrages so zu begründen, daß der Tarifvertrag nicht mit einem einzelnen Arbeiter, sondern einer Mehrheit solcher geschlossen werde. Daher kann nicht die Zustimmung eines einzelnen aus dieser Mehrheit genügen, um den Zustand der Vertragsfreiheit während der Dauer des Tarifvertrages wieder herzustellen. Wer einer Mehrheit sein Wort gibt, bindet es allen, selbst bei eigenen Sachgenossen gegenüber, auch wenn er sich das Einverständnis eines einzelnen zu verschaffen weilt.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Freisprechung. Der Vorsitzende sagte in der Urteilsbegründung: Der Angeklagte sei von dem Gedanken ausgegangen, daß Berger durch seine Unterschrift nicht nur als Vertreter der Klemmerunion, sondern auch für seine Person den Tarifvertrag getreten sei, und damit den von ihm beschäftigten Arbeitern gegenüber eine rechtlich bindende Verpflichtung übernommen habe. Diese Auffassung sei juristisch nach § 152 der Gewerbeordnung nicht haltbar, denn es müßte jedem freistehen, von solchen Umgehungen jederzeit zurückzutreten. Der Angeklagte habe aber in gutem Glauben seine Ansicht geltend zu machen gesucht, ihm habe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt, deshalb müßte er freigesprochen werden.

Verurteilungen von Schenkungen zu Schadenersatz sind an sich eine Seltenheit; in Streitfällen dürfte ein solcher Fall überhaupt noch nicht vorgekommen sein, bis auf den Fall, worüber jetzt berichtet wird. Im Jahre 1903 war es zwischen einem Aktienfabrikanten in Berlin und seinen Arbeitern zu Differenzengabungen. Zwei Mitglieder der Kommission gingen auf Antrag ihrer Kollegen hin, um zu vermitteln. Eine Einigung wurde nicht erzielt, weshalb sich die erfolglosen Friedensstifter in eine im Hause belegene Restauration begaben, den Kollegen das negative Resultat mitzuteilen. Nicht lange und der Fabri-

kant tauchte mit einem Schenkmanne auf, dem er die Kommissionsmitglieder als Streikposten denunzierte. Sie erhielten Strafmandate, wurden aber schließlich vom Gericht freigesprochen. Beide erhoben dann gegen den Schenkmanne im Wege der Revokation Schadenersatzklagen im Höhe von 1000 Mark wegen der Gang zur Polizeiwache entstandenen Zeitverlusten. Ihrer Klage ist nunmehr stattgegeben worden, insofern, als ihnen zwar nicht der geforderte Betrag, der dem Schenkmanne prinzipiell Schadenersatzpflichtig erklärt und zu etwas geringeren Beträgen verurteilt wurde. Von den Kosten muß der Schenkmanne drei Viertel, die Kläger ein Viertel tragen. Die Kosten hätte eigentlich der die Geschäfte veranlassende Unternehmer bezahlen müssen, damit auch er für künftige Fälle vorrichtiger sich benehmen kann.

Schämen Sie sich nicht, als Streikbrecher zu arbeiten! ist keine Drohung im Sinne des § 153 der G.-O. Dies bemerkt die „Neue Zeit“ in Sachen des „Arbeitswillens“ wurde kürzlich in Nürnberg gefaßt. Bei dem Streik in einer Papierwarenfabrik wurde ein Aufständiger als Streikposten vor diesen Betrieb gestellt. Einem zur Arbeit gehenden Streikbrecher rief derselbe die Worte zu: „Schämen Sie sich nicht, einen Streikbrecher zu machen.“ Das wurde als eine Drohung betrachtet und der betreffende Arbeiter erhielt ein Strafmandat auf drei Tage Haft. Auf seinen Einspruch hin sprach ihn das Gericht frei, da er nicht durch Verleumdungen oder Drohungen den Arbeitswilligen habe zwingen wollen, die Arbeit niederzulegen; seine Absicht sei vielmehr gewesen, ihn auf das Unehrenhafte seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgarter, Dieck Verlag), Heft 8 des 23. Jahrgangs. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 26 A. Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

„Wider die Waffenheerlichkeit“, Kulturbilder aus den Weltkriegskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Von Emil Rosenow. Das 27. Heft bringt den Schluss des 14. und den ersten Teil des 15. Kapitels: Die schlingenschnurartige Bauernrevolution. Von den zahlreichen Illustrationen heben wir als besonders interessant hervor, die Darstellungen der verschiedenen Typen aus dem Bauernheer und ein nach dem Original getreu wiedergegebenes Bauernflugblatt aus dem Jahre 1625, das ein Vergleichnis der von den Bauern gefürchten Kämpfer und Schloßler enthält.

„Arbeiter-Rotiz-Kalender 1905“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Der Inhalt des Kalenders ist überaus reichhaltig und zweckentsprechend zusammengestellt. Wie alljährlich, so enthält auch dieser Kalender die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1903 mit sämtlichen bis zum September d. J. stattgehabten Nachwahlen. Diese Nachweise sind für die Parteigenossen von besonderem Wert, kommen doch die in der Agitation stehenden Genossen sehr oft in die Lage, sich schnell und sicher über Stimmverhältnisse dieses oder jenes Wahlkreises orientieren zu müssen. Für diesen Zweck wertvoll sind auch die biographischen Notizen unserer Reichstagsmitglieder. Ein besonders für die jüngeren Parteigenossen wichtiges Kapitel ist „Unsere toten Abgeordneten“, in dem die kurzen, mit Porträts geschmückten Lebensskizzen der verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten behandelt sind. Ein anderes Kapitel gibt eine sachverständige Anleitung: Wie man ein guter Redner wird.“ Ferner finden wir im Kalender das Adressenverzeichnis unserer gesamten politischen und gewerkschaftlichen Kreise, und im Anhang baran eine kurze Belehrung für alle, die an Redaktionen schreiben, die beherzigt werden sollte. Das Alkoholwerftblatt (mit Illustrationen) wird die Alkoholgegner erfreuen. Es folgt dann das Adressenmaterial: Gewerkschaften, Parteivorstand, gewerkschaftliche Zentralvereine, Generalcommission, Landeszentralen, Internationale Sekretariate und Arbeitersekretariate. Ferner: Die Mittelgehörigen und die finanziellen Leistungen der deutschen Gewerkschaften; Streikstatistik 1890/1903, Müngeltabelle, Porzellan-, Cigaretten- und Ausgabenlisten bilden den Schluss. Der Preis ist wie bisher 60 A.

„In freien Stunden“, illustrierte Wochenchrift, Heft 42. Es enthält die Fortsetzung des epischen Romans „Der Jesuit“, und die Fortsetzung der Erzählung „Eine Scheinheute und ihre Folgen“ von S. N. Potapenko. Eine kleine Skizze „Der Reiz des Burgheims“, sowie sonstige kleinere Beiträge vervollständigen den anregenden Inhalt des Heftes, das für 10 A in allen Parteibuchhandlungen erhältlich ist.

„Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgarter, Dieck Verlag), Nr. 22 des 14. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A; unter Kreuzband 85 A.

„Der Wahre Jakob“, Nr. 22, bietet sich als ein Erinnerungsbild an den Bremer Parteitag dar. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus Brinnings Briefes Brief an den Vorort“ und „Nach dem Siege am Waterberg“. Der Preis der Nummer, die diesmal 14 Seiten umfaßt, ist 10 A.

Briefkasten.

C. E. C. An und für sich sind Pensionen und Renten nicht steuerfrei. Da aber in Preußen von Einkommen bis zu M. 900 Staatssteuer nicht erhoben werden, ist für Vater trotz seines „Vermögens“ steuerfrei, denn sein Gesamteinkommen beläuft sich ja höchstens auf M. 650. Da davon in C. Gemeindesteuern erhoben werden können, wissen wir natürlich nicht.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle folgt S. 4.)
Delmenhorst. Am 6. Oktober starb unser Ehrenmitglied **Ahrend Schade** im Alter von 68 Jahren an Gehirnschlag.
Grimma. Am 9. Oktober verstarb unser Verbandskollege **August Hunger** im Alter von 60 Jahren an Gehirnschlag.
Karlsruhe. Am 8. Oktober verstarb unser Verbandskollege **Emanuel Nagel** aus Hintersheim im Alter von 86 Jahren infolge einer Verletzung. — Am 7. Oktober verstarb unser Kollege **Wilhelm Ott** aus Teußlingen infolge eines Sturzes im Alter von 19 Jahren.
Leipzig. Am 9. Oktober verstarb nach langer Krankheit an der Lungenentzündung unser Verbandskollege **Franz Kluger** im Alter von 40 Jahren.
Posen. Der hiesige Zweigverein verlor zwei treue Verbandskollegen: **Carl Neumann**, 42 Jahre alt, gestorben an Lungenentzündung und Bauchfellentzündung; **Kasimir Mielski**, 26 Jahre alt, gestorben an Lungenentzündung.
Zarrentin. Am 7. Oktober verstarb unser Verbandskollege **Johann Ohde** im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Ehre ihrem Andenken!

Der Maurer **Karl Schuricht** aus Frankenberg i. G. wird ersucht, seine Adresse sofort an seine Eltern zu schreiben, da seine Mutter schwer krank ist. Legter Aufenthaltsort: Hamburg. [M. 1,20] **Max Halm.**

Insterburg. Der Kassierer **Emil Hinz** wohnt: Königsberger Vorstadt Nr. 15. [M. 1,20]

Kostheim. Sonntag, 30. Oktober, hält der hiesige Zweigverein einen **Familienabend** im Lokale „Maitiger Hof“ ab. Koncert, humoristische Vorträge und Ball. Alle Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] **Der Vorstand.**

Oranienburg. Am 29. Oktober **Stiftungsfest** bei Braun. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand. [M. 1,50]

Wreschen. Der hiesige Zweigverein feiert Sonntagabend, 22. Oktober, Abends 8 Uhr, im Saale „Deum“ sein **2. Stiftungsfest**. Alle Kollegen von Wreschen und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] **Der Vorstand.**

Veranstaltungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Gründungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingekauft werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, 23. Oktober. (Tagessitz, Notat?) Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen

Bülow. (Tagessitz, Notat?) Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen

Gandersheim-Wrescherohe. Im „Deutschen Hause“.

Oranienburg. Besprechung mit dem hiesigen Zweigverein. Das Schreiben wird mitgeteilt.

Rawlisch. Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokale. Um zahlreiches Besuch wird gebeten.

Dienstag, 25. Oktober. Punkt 7 Uhr Abends. Das Schreiben aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonntag, 29. Oktober. Bei Kammerhof. Kollegisches Schreiben der Mitglieder ist notwendig. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Sonntag, 30. Oktober. Döbeln. Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokale. Wichtiges Schreiben halbes 1/2 des Schreibens aller Kollegen dringend notwendig. Hinterssee. Nachmittags 11 1/2 Uhr im „Deutschen Hause“ in Hintersberg. Wichtiges und vollständiges Schreiben ist notwendig. Lelsnig. Nachmittags 8 1/2 Uhr bei Herrn Heide. Das Schreiben aller Mitglieder ist notwendig. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen. Perleberg. (Tagessitz, Notat?) Alle Kollegen müssen erscheinen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. s. w. Sonntag, 23. Oktober. Gr. Schönebeck. Nachmittags 3 Uhr bei Juno. Rawlisch. Nachmittags 8 Uhr Mitgliederversammlung. Postreifes Schreiben wird gewünscht. Saarmund. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokale. Z.-O.: Delegiertenwahl und Beschließens. Um zahlr. Ergeben der Mitglieder wird gebeten. Sonntag, 30. Oktober. Nowawes. Nachmittags 8 Uhr im Lokale des Herrn Voght. Z.-O.: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Beschließens. Sonntag, 6. November. Berlin. Sonntags 10 Uhr, Mittelstr. 10. Z.-O.: Abrechnung vom 8. Quartal. Vortrag über den Bau der Zentral-Krankenkasse. Postreifes Schreiben. NB. Das Bureau der Kasse ist jetzt nur Sonntags von 8-1 Uhr geöffnet. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Duer & Co. in Hamburg.